

Staatliche und kommunale Investitionen

Die Investitionen sind neben dem Konsum, der Vorratsveränderung und dem Saldo des Außenhandels eine Verwendungskomponente des Sozialprodukts, der eine tragende Rolle für Wachstum und Beschäftigung einer Volkswirtschaft zukommt. Neben den von Unternehmen und Privatpersonen getätigten Investitionen nehmen auch die von der öffentlichen Hand für Investitionszwecke verausgabten Mittel Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung. Umfang und Struktur der Investitionen werden im wesentlichen durch das Nachfrageverhalten bzw. den Bedarf und Rentabilitätskalküle sowie die Finanzierungsmöglichkeiten determiniert.

Land und Gemeinden (Gv.) investierten in den Jahren 1979 bis 1983 insgesamt 13,1 Mrd. DM. Darüber hinaus tätigten die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen, die kommunalen Zweckverbände und die öffentlichen Krankenanstalten von 1979 bis 1982 Sachinvestitionen (ohne Erwerb von beweglichen Sachen) von insgesamt 3,8 Mrd. DM. Diese dem öffentlichen Bereich eigentlich zuzurechnenden Investitionsaus-

gaben bleiben in der folgenden Darstellung jedoch unberücksichtigt.

Das von den öffentlichen Körperschaften realisierte Investitionsvolumen wird von dem Unternehmenssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung weit übertroffen. Die Unternehmen investierten im Zeitraum 1979 bis 1982 insgesamt fast 66 Mrd. DM. Die überragende Bedeutung der Investitionstätigkeit der Unternehmen wird auch durch die Investitionsquote belegt. Der Anteil der von Unternehmen getätigten Anlageinvestitionen am Brutto-sozialprodukt belief sich im Jahre 1982 auf 20%, die Quote für Land und Gemeinden (Gv.) betrug 2,8%.

Rückläufige Investitionsquote

Die öffentliche Investitionsquote, das ist der prozentuale Anteil der Sachinvestitionen an den Gesamtausgaben, verzeichnet seit Jahren eine abnehmende Tendenz. Im Jahre 1979 verwendete das Land 5,2% seiner gesamten Ausgaben für investive Zwecke,

Sachinvestitionen des Landes und der Gemeinden (Gv.) nach Arten 1979 - 1983

Jahr	Land und Gemeinden (Gv.)				Land		Gemeinden (Gv.)	
	insgesamt	Bau- maßnahmen	Erwerb von unbeweg- lichen Sachen	Erwerb von beweg- lichen Sachen	zu- sammen	Bau- maßnahmen	zu- sammen	Bau- maßnahmen
Mill. DM								
1979	2 502	1 994	304	204	530	392	1 972	1 603
1980	2 825	2 271	328	226	574	419	2 251	1 852
1981	2 796	2 270	322	204	532	419	2 264	1 851
1982	2 546	2 072	294	180	538	435	2 008	1 638
1983	2 391	1 899	316	176	527	404	1 864	1 495
1979 bis 1983	13 059	10 506	1 564	990	2 701	2 069	10 358	8 439
Veränderung zum Vorjahr in %								
1980	12,9	13,9	8,2	10,3	8,3	7,0	14,1	15,6
1981	- 1,0	- 0,1	- 2,0	- 9,5	- 7,4	- 0,1	0,6	0,0
1982	- 8,9	- 8,7	- 8,7	- 11,9	1,3	3,8	- 11,3	- 11,5
1983	- 6,1	- 8,4	7,6	- 2,4	- 2,1	- 7,1	- 7,2	- 8,7
Anteil in %								
1979	100,0	79,7	12,1	8,2	21,2	15,7	78,8	64,0
1980	100,0	80,4	11,6	8,0	20,3	14,8	79,7	65,6
1981	100,0	81,2	11,5	7,3	19,0	15,0	81,0	66,2
1982	100,0	81,4	11,5	7,1	21,1	17,1	78,9	64,3
1983	100,0	79,4	13,2	7,4	22,0	16,9	78,0	62,5
1979 bis 1983	100,0	80,4	12,0	7,6	20,7	15,8	79,3	64,6

1983 noch 4,3%. Der Rückgang war bei den Kommunen ausgeprägter. Vom Höchststand im Jahre 1980 (32,1%) reduzierte sich der Anteil auf 25,3% im Jahre 1983.

Das Schwergewicht der Investitionsausgaben liegt bei den Gemeinden; von den insgesamt 13,1 Mrd. DM bei Land und Kommunen entfielen auf letztere im mehrjährigen Durchschnitt annähernd vier Fünftel. Bei den Sachinvestitionen dominieren die Baumaßnahmen, für die zwischen 1979 und 1983 insgesamt 10,5 Mrd. DM verausgabt wurden. Der Erwerb von unbeweglichen Sachen erforderte 1,6 Mrd. DM (12%). Die Investitionsaufwendungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens beliefen sich auf knapp 1 Mrd. DM, was einem Anteil von 7,6% aller Sachinvestitionen entspricht.

Nachdem im Jahre 1980 Land und Gemeinden (Gv.) mit 2,8 Mrd. DM so viel investiert hatten wie noch nie zuvor, sind die Investitionsausgaben bis 1983 um 15,4% auf 2,4 Mrd. DM zurückgegangen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß mit dem Jahre 1980 das Programm für Zukunftsinvestitionen auslief. Dieses Programm hatte dazu geführt, daß zwischen 1977 und 1980 die Investitionsausgaben kräftig aufgestockt wurden, wobei allerdings die Steigerungsraten inflationär aufgebläht waren.

Zwischen Land und Gemeinden (Gv.) zeigen sich recht unterschiedliche Entwicklungslinien. Das Land erhöhte seine Investitionsausgaben 1980 um 8,3% und reduzierte sie im folgenden Jahr nahezu auf das Niveau des Jahres 1979 (– 7,4%). 1982 ist wieder ein geringer Zuwachs um 1,3% zu verzeichnen, dagegen 1983 ein Rückgang um 2,1%. Bei den Gemeinden erfolgte im Jahre 1982 eine starke Abnahme (– 11,3%), die sich 1983 noch fortsetzte (– 7,2%). Wegen des großen Anteils kommunaler Investitionen an den gesamten Sachinvestitionen hatte dieser Rückgang einen bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung. Besonders stark waren die Auswirkungen auf die Bauwirtschaft, da die Baumaßnahmen der Kommunen überproportional eingeschränkt wurden.

Mehr als ein Drittel aller Investitionsausgaben für Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Die Anlageinvestitionen von Land und Gemeinden (Gv.) verteilen sich in unterschiedlicher Weise auf die einzelnen Aufgabengebiete. Im Durchschnitt des Betrachtungszeitraums entfiel mit 4 505 Mill. DM (34,5%) der höchste Betrag auf das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Hier schlagen sich primär die nicht unerheblichen Beträge nieder, die für den Straßenbau aufgebracht werden. Insgesamt nahmen die Investitionsausgaben für dieses Aufgabengebiet von 1980 bis 1983 um 15,4% ab, wobei in den Jahren 1982 (– 8,4%) und 1983 (– 7,2%) der stärkste Rückgang zu verzeichnen war.

Gemessen am Investitionsvolumen ist das Schul- und Bildungswesen das zweitwichtigste Aufgabengebiet, denn 2 212 Mill. DM oder 17% aller Investitionen flossen in diesen Bereich. Innerhalb dieses Bereichs fanden im Zeitablauf Strukturverschiebungen zu Lasten der Schulen und vorschulischen Bildung und zu-

gunsten der Hochschulen statt. Während im Jahre 1979 noch 14,5% aller Investitionsausgaben für Schulen und vorschulische Bildung verwandt wurden, waren es vier Jahre später 10,4%. Entsprechend stieg der Anteil für die Hochschulen von 3,5% (1979) auf 4,7% (1983), nachdem er im Jahre 1982 bereits 4,9% betragen hatte. Die Umschichtung der Investitionsmittel ist wohl in erster Linie auf die demographische Entwicklung zurückzuführen, die eine Schwerpunktverlagerung des Investitionsbedarfs auslöste.

Für kommunale Gemeinschaftsdienste, worunter vor allem Infrastruktureinrichtungen wie Abwasser- und Müllbeseitigung, Straßenbeleuchtung, Schlacht- und Viehhöfe subsumiert werden, wurden zwischen 1979 und 1983 insgesamt 1 938 Mill. DM (14,8%) investiert. Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, daß die Investitionsausgaben der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen und der kommunalen Zweckverbände, die in diesem Bereich ihren Schwerpunkt haben, nicht berücksichtigt sind. Für den Bereich Gesundheit, Sport und Erholung wurden im Schnitt der Jahre 6,2% der investiven Mittel verausgabt. Hier reduzierte sich der Anteil von 6,8% im Jahre 1980 auf 5,2% im Jahre 1983. Das Gewicht der Sachinvestitionen für politische Führung und zentrale Verwaltung ist von 1979 bis 1983 aufgrund der hohen Zuwachsraten 1980 und 1981 gestiegen, so daß im Jahre 1983 insgesamt 4,5% aller investierten Beträge in diesen Bereich flossen, während es 1979 erst 3,1% waren.

Starker Rückgang der Investitionen bei den kreisfreien Städten

Während beim Land bereits 1981 die Investitionsausgaben zurückgeführt wurden, stockten die Kommunen ihre Mittel noch geringfügig um 0,6% auf. In den darauffolgenden beiden Jahren verringerten die Gemeinden (Gv.) ihre Investitionsmittel um 17,7%. Besonders stark war der Rückgang bei den kreisfreien Städten, die 1983 ein Drittel weniger investierten als 1981. Infolgedessen sank ihr Anteil an den gesamten kommunalen Sachinvestitionen von 26,1% im Jahre 1979 auf 19,9% im Jahre 1983. Jede kreisfreie Stadt realisierte 1983 im Schnitt ein Investitionsvolumen von 31 Mill. DM und damit deutlich mehr als jede andere Gebietskörperschaftsgruppe. 1981 waren es noch 46 Mill. DM gewesen.

Die Gruppe der Ortsgemeinden investierte 1983 insgesamt 701 Mill. DM, dies waren 37,6% aller Investitionsausgaben. Sie haben ihren Anteil an den kommunalen Investitionen im Zeitablauf kontinuierlich gesteigert, obgleich die jährlichen Veränderungsraten stark schwanken. Die Verbandsgemeinden verausgabten 1983 insgesamt 260 Mill. DM. Sie stellten damit 13,9% aller Sachinvestitionen, nachdem ihre Quote 1979 noch 15,8% betragen hatte. Auf die verbandsfreien Gemeinden entfiel 1983 ein Anteil von 16,2%, der 1982 noch bei 14,8% gelegen hatte. Die Landkreise, die im Jahre 1980 ihre Investitionen kräftig um 19,3% auf 301 Mill. DM aufgestockt hatten, verringerten dieses hohe Investitionsvolumen bis 1982 um 3,5%; im Jahre 1983 wurde es um 21,2% zurückgeführt.

Sachinvestitionen des Landes und der Gemeinden (Gv.) nach Aufgabenbereichen 1979 - 1983

Aufgabenbereich	1979	1980	1981	1982	1983	1979 bis 1983
Mill. DM						
Politische Führung und zentrale Verwaltung	76	92	124	119	108	519
Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz	88	104	96	84	86	459
Schulen und vorschulische Bildung	363	381	328	307	250	1 628
Hochschulen	87	93	103	125	112	519
Förderung des Bildungswesens und sonstiges Bildungswesen	7	12	12	10	7	48
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	4	3	2	2	4	16
Kulturelle Angelegenheiten	26	36	42	31	34	169
Soziale Sicherung	38	38	34	28	31	169
Gesundheit, Sport und Erholung	161	193	179	150	123	807
Wohnungswesen und Raumordnung	119	123	136	110	120	608
Kommunale Gemeinschaftsdienste	356	429	417	380	357	1 938
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	33	38	35	34	43	184
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	52	62	61	53	77	305
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	869	969	964	883	820	4 505
Wirtschaftsunternehmen	30	25	37	27	18	136
Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	191	228	225	202	200	1 047
I n s g e s a m t	2 502	2 825	2 796	2 546	2 391	13 059
Veränderung zum Vorjahr in %						
Politische Führung und zentrale Verwaltung	.	20,2	35,5	- 4,4	- 9,3	.
Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz	.	17,9	- 7,8	- 12,4	2,3	.
Schulen und vorschulische Bildung	.	4,7	- 13,8	- 6,3	- 18,8	.
Hochschulen	.	6,4	10,7	22,0	- 10,7	.
Förderung des Bildungswesens und sonstiges Bildungswesen	.	60,7	1,6	- 16,1	- 35,1	.
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	.	- 18,8	- 51,5	26,6	105,0	.
Kulturelle Angelegenheiten	.	38,1	18,1	- 25,6	9,7	.
Soziale Sicherung	.	0,9	- 11,4	- 17,4	11,6	.
Gesundheit, Sport und Erholung	.	19,7	- 7,4	- 16,0	- 17,9	.
Wohnungswesen und Raumordnung	.	3,2	11,0	- 19,2	9,1	.
Kommunale Gemeinschaftsdienste	.	20,5	- 2,7	- 8,9	- 6,0	.
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	.	14,5	- 7,3	- 4,3	27,3	.
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	.	19,6	- 1,2	- 13,2	43,8	.
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	.	11,5	- 0,6	- 8,4	- 7,2	.
Wirtschaftsunternehmen	.	- 17,8	50,4	- 27,8	- 31,6	.
Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	.	19,1	- 1,2	- 10,5	- 0,6	.
I n s g e s a m t	.	12,9	- 1,0	- 8,9	- 6,1	.
Anteil in %						
Politische Führung und zentrale Verwaltung	3,1	3,2	4,4	4,7	4,5	4,0
Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz	3,5	3,7	3,4	3,3	3,6	3,5
Schulen und vorschulische Bildung	14,5	13,5	11,7	12,1	10,4	12,5
Hochschulen	3,5	3,3	3,7	4,9	4,7	4,0
Förderung des Bildungswesens und sonstiges Bildungswesen	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1
Kulturelle Angelegenheiten	1,0	1,2	1,5	1,2	1,4	1,3
Soziale Sicherung	1,5	1,4	1,2	1,1	1,3	1,3
Gesundheit, Sport und Erholung	6,4	6,8	6,4	5,9	5,2	6,2
Wohnungswesen und Raumordnung	4,8	4,3	4,9	4,3	5,0	4,7
Kommunale Gemeinschaftsdienste	14,2	15,2	14,9	14,9	14,9	14,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1,3	1,4	1,3	1,3	1,8	1,4
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2,1	2,2	2,2	2,1	3,2	2,3
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	34,7	34,3	34,5	34,7	34,3	34,5
Wirtschaftsunternehmen	1,2	0,9	1,3	1,1	0,8	1,0
Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	7,7	8,1	8,1	7,9	8,4	8,0
I n s g e s a m t	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Sachinvestitionen der Gemeinden (Gv.) nach Gebietskörperschaftsgruppen
und Gemeindegrößenklassen 1979 - 1983

Gebietskörperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse/ Verbandsgemeindegrößenklasse	1979	1980	1981	1982	1983
Mill. DM					
Kreisfreie Städte	515	545	557	439	370
100 000 - 200 000 Einw.	238	229	252	195	163
50 000 - 100 000 "	183	205	177	121	102
20 000 - 50 000 "	94	111	128	123	105
Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise	1 448	1 692	1 698	1 563	1 490
Verbandsfreie Gemeinden	296	347	334	298	301
50 000 - 100 000 Einw.	34	36	28	22	22
20 000 - 50 000 "	73	92	91	95	81
10 000 - 20 000 "	133	157	162	122	141
5 000 - 10 000 "	56	62	54	59	58
Verbandsgemeinden und deren Ortsgemeinden	900	1 045	1 068	976	961
20 000 - 50 000 Einw.	152	175	180	168	166
10 000 - 20 000 "	543	637	644	594	573
5 000 - 10 000 "	205	233	244	214	222
Ortsgemeinden	588	715	757	700	701
10 000 - 20 000 Einw.	14	12	15	13	17
5 000 - 10 000 "	119	136	130	134	128
3 000 - 5 000 "	75	88	103	95	96
1 000 - 3 000 "	209	253	260	231	242
unter 1 000 "	171	226	249	226	218
Verbandsgemeinden	312	330	312	276	260
20 000 - 50 000 Einw.	49	55	53	48	48
10 000 - 20 000 "	188	197	190	167	145
5 000 - 10 000 "	75	78	69	62	67
Landkreise	252	301	295	290	229
Bezirksverband Pfalz	9	13	9	5	3
I n s g e s a m t	1 972	2 251	2 264	2 008	1 864
Veränderung zum Vorjahr in %					
Kreisfreie Städte	.	5,9	2,2	- 21,2	- 15,7
100 000 - 200 000 Einw.	.	- 3,6	10,1	- 22,9	- 16,3
50 000 - 100 000 "	.	12,0	- 13,8	- 31,3	- 15,6
20 000 - 50 000 "	.	18,1	15,4	- 3,8	- 15,0
Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise	.	16,9	0,3	- 7,9	- 4,7
Verbandsfreie Gemeinden	.	17,2	- 3,7	- 11,1	1,2
50 000 - 100 000 Einw.	.	8,4	- 24,1	- 19,0	- 3,7
20 000 - 50 000 "	.	25,6	- 1,8	4,5	- 14,3
10 000 - 20 000 "	.	17,8	3,2	- 24,9	15,5
5 000 - 10 000 "	.	9,8	- 11,8	8,5	- 1,4
Verbandsgemeinden und deren Ortsgemeinden	.	16,1	2,3	- 8,7	- 1,6
20 000 - 50 000 Einw.	.	15,1	2,6	- 6,6	- 1,3
10 000 - 20 000 "	.	17,3	1,2	- 7,8	- 3,6
5 000 - 10 000 "	.	13,6	5,0	- 12,5	3,9
Ortsgemeinden	.	21,5	5,8	- 7,5	0,2
10 000 - 20 000 Einw.	.	- 14,9	24,8	- 12,7	27,6
5 000 - 10 000 "	.	13,8	- 4,2	2,8	- 4,4
3 000 - 5 000 "	.	18,0	16,4	- 7,3	0,7
1 000 - 3 000 "	.	20,7	3,0	- 11,1	4,9
unter 1 000 "	.	32,6	9,9	- 8,9	- 3,7
Verbandsgemeinden	.	5,8	- 5,5	- 11,5	- 5,9
20 000 - 50 000 Einw.	.	12,0	- 3,8	- 9,9	0,8
10 000 - 20 000 "	.	4,9	- 3,5	- 12,3	- 13,1
5 000 - 10 000 "	.	4,0	- 11,7	- 10,5	8,4
Landkreise	.	19,3	- 1,9	- 1,6	- 21,2
Bezirksverband Pfalz	.	44,8	- 29,1	- 46,8	- 38,2
I n s g e s a m t	.	14,1	0,6	- 11,3	- 7,2

Der Investitionsbedarf einer Kommune wird unter anderem von ihrer Größe bestimmt, so daß mit sinkender Einwohnerzahl ein geringeres Investitionsvolumen verbunden ist. Im Schnitt investierte 1983 eine der drei rheinland-pfälzischen Großstädte 54 Mill. DM oder 35,4% weniger als 1981. Deutlich niedriger lagen die Investitionsausgaben 1983 der kreisfreien Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern, die im Schnitt jeweils 34 Mill. DM realisierten. Hier war der Rückgang mit 22,7% gegenüber 1981 nicht so stark. Die einzige genauso große verbandsfreie Gemeinde, nämlich Neuwied, hatte 1983 dagegen ein Investitionsvolumen von knapp 22 Mill. DM, das sie gegenüber 1980, in dem sie ihren Höchststand mit 36 Mill. DM verzeichnete, um 41% reduzierte. Die Ortsgemeinden investierten im Schnitt am wenigsten. Der niedrige Wert wird maßgeblich von der Vielzahl sehr kleiner Gemeinden bestimmt, die naturgemäß einen geringeren Investitionsbedarf haben. Aber auch die großen Ortsgemeinden zwischen 10 000 bis 20 000 Einwohnern hatten 1983 mit 4 Mill. DM deutlich weniger investiert als die gleichgroßen verbandsfreien Gemeinden mit knapp 9 Mill. DM. Eine Ursache für die Differenzen dürfte in der unterschiedlichen Aufgabenstruktur dieser beiden Gebietskörperschaftsgruppen begründet sein und nicht im unterschiedlichen Investitionsverhalten.

Steigende Investitionsausgaben für 1985 geplant

Aus der Haushaltsrechnungsstatistik des Landes und der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik wird ersichtlich, daß 1984 die Investitionsausgaben weiter rückläufig waren, wobei die Entwicklung zwischen Land und Kommunen differierte. Das Land weitete sein Investitionsvolumen geringfügig aus, während die Gemeinden Kürzungen vornahmen. Diese Kürzungen betrafen in geringerem Umfang die Baumaßnahmen.

Die Haushaltsansätze des Landes zeigen für 1985 eine erhebliche Zunahme der Sachinvestitionen an. Es ist geplant, 616 Mill. DM für diesen Zweck auszugeben. Gegenüber dem Ist-Wert des Jahres 1984 bedeutet dies eine Steigerung um 16,8%. Dabei sollen insbesondere die für die weitere konjunkturelle Entwicklung im Bereich des Baugewerbes wichtigen Investitionsausgaben um rund 22% auf 499 Mill. DM erhöht werden.

Die Gemeinden (Gv.) planen, im Jahre 1985 insgesamt 1 977 Mill. DM, darunter 1 693 Mill. DM für Baumaßnahmen, zu investieren. Gegenüber den Ist-Ergebnissen des Jahres 1984 bedeutet dies eine Steigerung um 12%. Auch bei den Gemeinden liegt das Schwergewicht der beabsichtigten Investitionen bei den Baumaßnahmen.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

Erwerbstätige 1970 bis 1984

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden neben der quantitativen Darstellung des wirtschaftlichen Kreislaufs jährlich Durchschnittszahlen für Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer ermittelt. Die Angaben dienen in erster Linie als Bezugswerte zu anderen gesamtwirtschaftlichen Größen, wie beispielsweise Bruttowertschöpfung oder Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, um Angaben über Arbeitsproduktivität oder Durchschnittseinkommen bereitzustellen.

Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen werden vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder aufgestellt. Ihm gehören alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt und das Statistische Amt der Stadt Frankfurt an. Innerhalb dieses Arbeitskreises ist das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz unter anderem für die Berechnung der Erwerbstätigen- und Arbeitnehmerzahlen für alle Bundesländer (ohne Berlin) zuständig.

Systematische Abgrenzung nach VGR-Konzepten

Die Verwendung von Beschäftigtenzahlen als Bezugswerte zum Bruttoinlandsprodukt oder zur Bruttowertschöpfung eines Wirtschaftsbereichs setzt voraus, daß sie nach den gleichen Konzepten abgegrenzt sind wie die entsprechenden Güterströme. Daher ist es erforderlich, aus den in der Regel für Stichtage vorliegenden Beschäftigtenzahlen Jahres-

durchschnitte zu bilden. Ferner ergibt sich, daß die regionale Zuordnung der in einer Arbeitsstätte tätigen Personen nach dem Beschäftigungsort (Inlands-konzept) und die systematische Zuordnung zu einem Wirtschaftszweig nach dem Schwerpunkt des übergeordneten Unternehmens (Unternehmenskonzept) vorgenommen werden muß. Die Anwendung des Unternehmenskonzeptes ist erforderlich, damit Vergleiche mit den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Werten für das gesamte Bundesgebiet möglich sind. Werden hingegen Bezugswerte für das Volkseinkommen oder das Bruttosozialprodukt benötigt, sind die innerhalb eines Bundeslandes tätigen Personen (Erwerbstätige im Inland) um den Saldo zwischen Aus- und Einpendlern zu bereinigen (Inländerkonzept).

Die vorliegenden Erwerbstätigen- und Arbeitnehmerzahlen sind abgestimmt auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Herbst 1984.

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung als Fortschreibungsbasis

Als Basismaterial zur Ermittlung der Erwerbstätigen im Inland dienen in der Regel die Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung aus dem Jahre 1970. Diese Daten werden für die Folgejahre gesondert nach Wirtschaftsbereichen entsprechend der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen aus

Bereich	Originärberechnung	Fortschreibung
Land- und Forstwirtschaft		
Landwirtschaft	1970: Erwerbstätige im Bereich Landwirtschaft aus der Volks- und Berufszählung 1970	1971 ff: Vollbeschäftigte Familienarbeitskräfte zuzüglich ständige familienfremde Arbeitskräfte in Betrieben ab 2 ha bzw. seit 1981 ab 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche aus der jährlichen Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft
Forstwirtschaft	1970: Erwerbstätige im Bereich Forstwirtschaft aus der Volks- und Berufszählung 1970	1971 ff: Beschäftigte der Staatsforsten aus der Personalstandsstatistik
Fischerei, Fischzucht	1970: Erwerbstätige im Bereich Fischerei und Fischzucht aus der Volks- und Berufszählung 1970	1971 ff: Beschäftigte aus der Hochsee- und Küstentischereierhebung bzw. Schätzung
Gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege	1970: Beschäftigte im Bereich gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung aus der Arbeitsstättenzählung 1970	1971 ff: Beschäftigtenentwicklung im Bereich Landwirtschaft
Energiewirtschaft, Wasserversorgung	1970: Beschäftigte im Bereich Energiewirtschaft und Wasserversorgung aus der Arbeitsstättenzählung 1970	1971 bis 1974: Beschäftigte aus der Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitäts- und Gasversorgungsunternehmen 1974 und 1975: Beschäftigte der vierteljährlichen Verdiensterhebung in Industrie und Handel 1976: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer aus der Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit 1977 ff: Monatsbericht für Betriebe der Energie- und Wasserversorgung
Bergbau	1970: Beschäftigte im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe aus der Arbeitsstättenzählung 1970	1970 bis 1976: Monatlicher Industriebericht für Betriebe und jährliche Erhebung bei Kleinbetrieben 1977 ff: Monatsbericht für Betriebe in der Industrie und im Handwerk und jährlicher Industriebericht für Kleinbetriebe
Verarbeitendes Gewerbe	1970: Beschäftigte im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe aus der Arbeitsstättenzählung 1970 1977 ff: Beschäftigte aus dem Monatsbericht im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe; Beschäftigte 1976 im verarbeitenden Gewerbe aus der Handwerkszählung 1977 (handwerkliche Kleinbetriebe mit 1 bis 19 Beschäftigten)	1971 bis 1976: Beschäftigte aus dem monatlichen Industriebericht 1977 ff: Jährliche Originärberechnung, keine Fortschreibung
Baugewerbe	1970: Beschäftigte im Baugewerbe aus der Arbeitsstättenzählung 1970 1977 ff: Beschäftigte aus der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe und der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung	1971 bis 1976: Beschäftigte aus der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe und der jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe 1977 ff: Jährliche Originärberechnung, keine Fortschreibung
Handel		
Großhandel	1970: Beschäftigte im Bereich Großhandel aus der Arbeitsstättenzählung 1970 1979: Handels- und Gaststättenzählung	1971 bis 1974: Beschäftigte aus der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel 1975 bis 1978 und 1980 ff: Beschäftigtenentwicklung nach der jährlichen Großhandelsstatistik
Handelsvermittlung	1970: Beschäftigte im Bereich Handelsvermittlung aus der Arbeitsstättenzählung 1970	1971 ff: Schätzung
Einzelhandel	1970: Beschäftigte im Bereich Einzelhandel aus der Arbeitsstättenzählung 1970 1979: Handels- und Gaststättenzählung	1971 bis 1978 und 1980 ff: Beschäftigtenentwicklung nach der Einzelhandelsstatistik

im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Bereich	Originärberechnung	Fortschreibung
Verkehr und Nachrichtenübermittlung		
Eisenbahnen, Bundespost	1970: Beschäftigte im Bereich Eisenbahnen und Bundespost aus der Arbeitsstättenzählung 1970	1971 ff: Beschäftigte aus der Personalstandsstatistik
Luftfahrt, Flugplätze	1970: Beschäftigte im Bereich Luftfahrt und Flugplätze aus der Arbeitsstättenzählung 1970	1971 ff: Beschäftigte auf deutschen Verkehrsflughäfen nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen
Übriger Verkehr	1970: Beschäftigte des übrigen Verkehrs aus der Arbeitsstättenzählung 1970 1977 ff: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer aus der Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit nach Umstellung auf Unternehmensschwerpunkt	1971 bis 1976: Interpolation 1977 ff: Jährliche Originärberechnung, keine Fortschreibung
Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen	1970: Beschäftigte im Bereich Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen aus der Arbeitsstättenzählung 1970 1977 ff: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer aus der Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit nach Umstellung auf Unternehmensschwerpunkt	1971 bis 1976: Interpolation 1977 ff: Jährliche Originärberechnung, keine Fortschreibung
Kreditinstitute, Versicherungen	1970: Beschäftigte bei den Kreditinstituten und bei den Versicherungen aus der Arbeitsstättenzählung 1970 1978 ff: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer aus der Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit	1971 bis 1977: Interpolation 1978 ff: Jährliche Originärberechnung, keine Fortschreibung
Sonstige Dienstleistungen		
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	1970: Beschäftigte im Bereich Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe aus der Arbeitsstättenzählung 1970 1979: Handels- und Gaststättenzählung	1971 bis 1978: Interpolation 1980 ff: Beschäftigte aus der monatlichen Erhebung im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
Wäscherei und Reinigung		1971 ff: Beschäftigte aus der Handwerksberichterstattung
Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe		1971 ff: Beschäftigte aus der Handwerksberichterstattung
Wissenschaft, Bildung, Erziehung und Sport	1970: Beschäftigte im jeweiligen Bereich aus der Arbeitsstättenzählung 1970	1971 ff: Statistiken des allgemeinen und des beruflichen Schulwesens
Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen		1971 ff: Schätzung
Verlags-, Literatur- und Pressewesen		1971 ff: Schätzung
Übrige Dienstleistungen		1971 bis 1977: Schätzung 1978 ff: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer aus der Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit
Staat	1970: Beschäftigte im Bereich Staat aus der Arbeitsstättenzählung 1970 1971 ff: Beschäftigte aus der Personalstandsstatistik	1977 ff: Jährliche Originärberechnung, keine Fortschreibung
Private Haushalte	1970: Erwerbstätige in Privathaushalten aus der Volks- und Berufszählung 1970	1971 ff: Schätzung
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	1970: Beschäftigte der Privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter aus der Arbeitsstättenzählung 1970	1971 bis 1976: Schätzung 1977 ff: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer aus der Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit

verschiedenen laufenden Statistiken fortgeschrieben. Die Methode der Fortschreibung hat allerdings den Nachteil, daß die Wirtschaftsstruktur des Basisjahres in den Berechnungsunterlagen der folgenden Jahre beibehalten wird. Das hat zur Folge, daß in mehrjährigen Abständen zur Vermeidung eines Bruchs in den Zeitreihen jeweils eine Revision und damit eine rückwirkende Änderung der bereits berechneten und eventuell veröffentlichten Werten vorgenommen werden muß. Dem wurde zuletzt im Jahre 1983 durch die umfassende Revision des Statistischen Bundesamtes Rechnung getragen, welche vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder für die Bundesländer nachvollzogen wurde.

Wegen des großen zeitlichen Abstandes zur Arbeitsstättenzählung 1970 ist man in der Bezugsszahlenrechnung für Bundesländer in Teilbereichen, in denen durch die verwendeten laufenden Statistiken die Gesamtbeschäftigtenzahlen dieses Bereichs zum großen Teil abgedeckt werden, zu einer direkten Einbeziehung der jeweiligen Werte übergegangen. Mit einer solchen originären Berechnung erreicht man, daß in diesen Bereichen keine Revisionen erforderlich sind, solange sich das laufende Erhebungsprogramm nicht ändert. Inwieweit aber die jetzt vorliegenden Gesamtzahlen die tatsächlichen Gegebenheiten realistisch widerspiegeln kann nur durch eine neue Großzählung, wie sie bereits für 1983 geplant war, festgestellt werden. Dies trifft in besonderem Maße für die Pendlerzahlen zu, über die zuverlässige Angaben nur durch eine Volkszählung gewonnen werden können.

Über die Verwendung der Beschäftigtenzahlen als Bezugsszahlen hinaus können die Ergebnisse auch für Analysen von Entwicklung und Struktur des Arbeitsmarktes herangezogen werden. Hierauf beschränken sich die folgenden Ausführungen.

1984: Leichte Erholung auf dem Arbeitsmarkt

Die Zahl der in rheinland-pfälzischen Arbeitsstätten tätigen Personen belief sich im Durchschnitt des Jahres 1984 auf 1,4 Millionen. Mit einem leichten Anstieg gegenüber 1983 kam die rückläufige Entwicklung der Vorjahre zum Stillstand. Im gesamten Zeitraum zwischen 1970 und 1984 wurde der höchste Beschäftigungsstand im Jahre 1973 erreicht (1,48 Mill.), der niedrigste in den Rezessionsjahren 1976 und 1983 (jeweils 1,40 Mill.).

Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft um 44% zurückgegangen

Bei einer Untersuchung der Beschäftigtenentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen — Angaben hierüber liegen nur bis 1983 vor — zeigen sich sehr unterschiedliche Verläufe. Am stärksten hat sich die Erwerbstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft verändert. Waren im Jahre 1960 noch etwa 23% der Erwerbstätigen im primären Sektor beschäftigt, so betrug dieser Anteil im Jahre 1970 nur noch 12,6% und ging 1983 bis auf 7,6% weiter zurück. Ursächlich hierfür sind die stark rückläufige Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere der Kleinbetriebe sowie die verstärkte Ausstattung mit Maschinen. Demgegenüber stehen zahlreiche Industrieneuansiedlungen sowie der expandierende Dienstleistungssektor.

Insgesamt waren im Jahre 1983 von den 1,37 Mill. Beschäftigten der landwirtschaftlichen Arbeitsstätten im Bundesgebiet 106 000 oder 7,7% in Rheinland-Pfalz tätig.

Jeder dritte Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe

582 000 oder 42% aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz waren im Jahre 1983 im produzierenden Gewerbe beschäftigt. Davon entfielen rund 15 000 (1,1%) auf den Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, 457 000 (33%) auf das verarbeitende Gewerbe und 109 000 (7,8%) auf das Baugewerbe. Jeder dritte Erwerbstätige arbeitete damit in einem Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes. Davon konzentrieren sich etwa die Hälfte auf die Unterbereiche Chemische Industrie, Straßenfahrzeugbau, Maschinenbau, Ernährungsgewerbe und Ledergewerbe.

Im Sektor Handel und Verkehr waren im Jahre 1983 rund 237 000 oder 17% der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz beschäftigt. Auch hier war die Entwicklung zwischen 1970 und 1983 rückläufig. Dies ist maßgeblich auf den im Großhandel festzustellenden Schrumpfungsprozeß zurückzuführen. So war nach der Handels- und Gaststättenzählung vom 31. 3. 1979 die Beschäftigtenzahl in den rheinland-pfälzischen Arbeitsstätten des Großhandels um 19,3% niedriger als 1968. Auch die seit 1975 vorgenommenen Personaleinsparungen der Deutschen Bundesbahn wirken sich auf die Entwicklung des Gesamtbereichs aus.

Beschäftigung im Dienstleistungsbereich stark ausgeweitet

Im Gegensatz zu den produzierenden Unternehmen weisen die privaten Dienstleistungsunternehmen mit Ausnahme des Jahres 1981 in allen Jahren zwischen 1970 und 1983 positive Veränderungsraten aus. Insgesamt belief sich dort die Zahl der Erwerbstätigen im Jahre 1983 auf 180 000. Davon entfielen 34 000 auf den Bereich Kreditinstitute und Versicherungen, der auch den stärksten Zuwachs seit 1970 aufweist (+ 38%) sowie 146 000 auf die sonstigen Dienstleistungen (Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Wissenschaft, Bildung, Kunst, Publizistik, Gesundheits- und Veterinärwesen, übrige Dienstleistungen). Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich damit seit 1970 in diesem Bereich um 32 000 erhöht.

Ähnlich ist die Situation in den Bereichen Staat (+ 24%) und private Haushalte (+ 27%), wo die Zahl der Beschäftigten um 58 000 auf 294 000 im Jahre 1983 überdurchschnittlich anstieg.

Drei von vier Erwerbstätigen überwiegend mit Dienstleistungstätigkeiten befaßt

Faßt man die nichtproduzierenden Bereiche Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen, Staat und private Haushalte zusammen, so ergibt sich, daß im Jahre 1983 jeder zweite Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz im sogenannten tertiären Sektor beschäftigt war. Aber auch in den produzierenden Wirtschaftsbereichen nehmen die Dienstleistungen inzwischen einen großen Raum ein. So hat eine im Rahmen des Mikrozensus 1982 durchgeführte Untersuchung der überwiegend ausgeübten Tätigkeit für Rheinland-Pfalz ergeben, daß sich nur 38% der Er-

Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftsbereichen 1970 - 1983

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte
1 000						
1970	1 477	186	656	252	147	236
1971	1 476	170	657	252	152	245
1972	1 475	157	647	260	153	257
1973	1 483	150	650	263	158	263
1974	1 456	143	634	248	160	271
1975	1 420	139	600	243	163	275
1976	1 403	131	589	240	164	279
1977	1 412	124	605	242	165	276
1978	1 421	120	610	244	168	279
1979	1 437	112	626	242	172	285
1980	1 448	110	628	245	176	288
1981	1 438	107	620	245	174	292
1982 ^P	1 412	104	600	239	176	293
1983 ^P	1 397	106	582	237	180	294
Veränderung zum Vorjahr in %						
1971	- 0,1	- 8,7	0,1	0,2	3,0	3,8
1972	- 0,0	- 7,6	- 1,5	3,2	1,0	5,1
1973	0,6	- 4,6	0,5	1,1	2,9	2,1
1974	- 1,9	- 4,5	- 2,5	- 5,6	1,5	3,0
1975	- 2,5	- 2,6	- 5,4	- 2,2	1,8	1,6
1976	- 1,2	- 5,7	- 1,8	- 1,0	0,6	1,3
1977	0,6	- 5,6	2,8	0,7	0,9	- 1,1
1978	0,6	- 3,1	0,8	0,8	1,2	1,4
1979	1,1	- 7,2	2,6	- 0,8	2,8	2,0
1980	0,8	- 1,6	0,5	1,3	2,2	1,1
1981	- 0,7	- 2,3	- 1,3	- 0,3	- 1,3	1,2
1982 ^P	- 1,8	- 2,9	- 3,3	- 2,2	1,2	0,5
1983 ^P	- 1,0	1,7	- 3,0	- 1,1	2,2	0,1
1970 = 100						
1971	100	91	100	100	103	104
1972	100	84	99	103	104	109
1973	100	81	99	104	107	111
1974	99	77	97	99	109	115
1975	96	75	91	96	111	117
1976	95	71	90	95	111	118
1977	96	67	92	96	112	117
1978	96	65	93	97	114	118
1979	97	60	95	96	117	121
1980	98	59	96	97	119	122
1981	97	58	95	97	118	124
1982 ^P	96	56	91	95	119	124
1983 ^P	95	57	89	94	122	124
Anteil in %						
1970	100,0	12,6	44,4	17,0	10,0	16,0
1971	100,0	11,5	44,5	17,1	10,3	16,6
1972	100,0	10,6	43,9	17,6	10,4	17,4
1973	100,0	10,1	43,8	17,7	10,6	17,7
1974	100,0	9,8	43,5	17,0	11,0	18,6
1975	100,0	9,8	42,2	17,1	11,5	19,4
1976	100,0	9,4	42,0	17,1	11,7	19,8
1977	100,0	8,8	42,8	17,1	11,7	19,5
1978	100,0	8,5	42,9	17,2	11,8	19,7
1979	100,0	7,8	43,5	16,9	12,0	19,8
1980	100,0	7,6	43,4	16,9	12,2	19,9
1981	100,0	7,5	43,1	17,0	12,1	20,3
1982 ^P	100,0	7,4	42,5	16,9	12,5	20,8
1983 ^P	100,0	7,6	41,6	16,9	12,9	21,0

Erwerbstätige im Inland nach Bundesländern 1970 - 1984

Jahr	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)	Bundes- gebiet
1 000												
1970	954	966	2 998	366	6 964	2 431	1 477	4 197	4 828	435	944	26 560
1971	966	967	2 999	367	7 066	2 460	1 476	4 219	4 819	447	936	26 721
1972	965	957	2 984	369	7 013	2 472	1 475	4 220	4 834	449	924	26 661
1973	972	955	2 993	376	7 056	2 486	1 483	4 286	4 874	450	917	26 849
1974	967	937	2 955	374	6 971	2 444	1 456	4 263	4 791	437	902	26 497
1975	949	901	2 843	363	6 773	2 382	1 420	4 127	4 683	432	873	25 746
1976	942	886	2 818	357	6 713	2 363	1 403	4 088	4 667	431	862	25 530
1977	946	882	2 829	357	6 729	2 347	1 412	4 039	4 659	435	856	25 490
1978	954	876	2 841	352	6 733	2 366	1 421	4 091	4 725	426	858	25 644
1979	973	878	2 869	357	6 829	2 402	1 437	4 154	4 789	434	865	25 986
1980	986	887	2 878	357	6 905	2 412	1 448	4 232	4 833	442	871	26 251
1981	977	884	2 860	353	6 819	2 397	1 438	4 219	4 798	442	861	26 048
1982 ^P	958	862	2 801	343	6 669	2 351	1 412	4 162	4 737	434	844	25 572
1983 ^P	946	842	2 746	331	6 507	2 314	1 397	4 094	4 690	424	833	25 126
1984 ^P	942	833	2 724	325	6 453	2 317	1 398	4 097	4 727	417	837	25 070
Veränderung zum Vorjahr in %												
1971	1,3	0,0	0,1	0,4	1,5	1,2	- 0,1	0,5	- 0,2	2,8	- 0,9	0,6
1972	- 0,1	- 1,0	- 0,5	0,6	- 0,8	0,5	- 0,0	0,0	0,3	0,4	- 1,3	- 0,2
1973	0,8	- 0,2	0,3	1,9	0,6	0,6	0,6	1,6	0,8	0,1	- 0,7	0,7
1974	- 0,5	- 1,9	- 1,3	- 0,7	- 1,2	- 1,7	- 1,9	- 0,5	- 1,7	- 2,8	- 1,7	- 1,3
1975	- 1,8	- 3,8	- 3,8	- 2,9	- 2,8	- 2,5	- 2,5	- 3,2	- 2,3	- 1,1	- 3,2	- 2,8
1976	- 0,8	- 1,6	- 0,9	- 1,6	- 0,9	- 0,8	- 1,2	- 0,9	- 0,3	- 0,4	- 1,3	- 0,8
1977	0,4	- 0,6	0,4	- 0,0	0,2	- 0,7	0,6	- 1,2	- 0,2	0,9	- 0,6	- 0,2
1978	0,8	- 0,6	0,4	- 1,4	0,1	0,8	0,6	1,3	1,4	- 2,0	0,2	0,6
1979	1,9	0,2	1,0	1,2	1,4	1,5	1,1	1,5	1,4	1,9	0,8	1,3
1980	1,4	0,9	0,3	0,1	1,1	0,4	0,8	1,9	0,9	1,8	0,7	1,0
1981	- 0,9	- 0,3	- 0,6	- 1,2	- 1,2	- 0,6	- 0,7	- 0,3	- 0,7	- 0,1	- 1,1	- 0,8
1982 ^P	- 1,9	- 2,5	- 2,1	- 2,8	- 2,2	- 1,9	- 1,8	- 1,4	- 1,3	- 1,8	- 2,0	- 1,8
1983 ^P	- 1,3	- 2,3	- 2,0	- 3,5	- 2,4	- 1,5	- 1,0	- 1,6	- 1,0	- 2,2	- 1,2	- 1,7
1984 ^P	- 0,4	- 1,1	- 0,8	- 1,8	- 0,8	0,1	0,1	0,1	0,8	- 1,6	0,4	- 0,2
1970 = 100												
1971	101	100	100	100	101	101	100	101	100	103	99	101
1972	101	99	100	101	101	102	100	101	100	103	98	100
1973	102	99	100	103	101	102	100	102	101	103	97	101
1974	101	97	99	102	100	101	99	102	99	100	96	100
1975	100	93	95	99	97	98	96	98	97	99	92	97
1976	99	92	94	98	96	97	95	97	97	99	91	96
1977	99	91	94	98	97	97	96	96	97	100	91	96
1978	100	91	95	96	97	97	96	97	98	98	91	97
1979	102	91	96	98	98	99	97	99	99	100	92	98
1980	103	92	96	98	99	99	98	101	100	102	92	99
1981	102	91	95	96	98	99	97	101	99	102	91	98
1982 ^P	100	89	93	94	96	97	96	99	98	100	89	96
1983 ^P	99	87	92	90	93	95	95	98	97	98	88	95
1984 ^P	99	86	91	89	93	95	95	98	98	96	89	94
Anteil am Bundesgebiet in %												
1970	3,6	3,6	11,3	1,4	26,2	9,2	5,6	15,8	18,2	1,6	3,6	100,0
1971	3,6	3,6	11,2	1,4	26,4	9,2	5,5	15,8	18,0	1,7	3,5	100,0
1972	3,6	3,6	11,2	1,4	26,3	9,3	5,5	15,8	18,1	1,7	3,5	100,0
1973	3,6	3,6	11,1	1,4	26,3	9,3	5,5	16,0	18,2	1,7	3,4	100,0
1974	3,6	3,5	11,2	1,4	26,3	9,2	5,5	16,1	18,1	1,6	3,4	100,0
1975	3,7	3,5	11,0	1,4	26,3	9,3	5,5	16,0	18,2	1,7	3,4	100,0
1976	3,7	3,5	11,0	1,4	26,3	9,3	5,5	16,0	18,3	1,7	3,4	100,0
1977	3,7	3,5	11,1	1,4	26,4	9,2	5,5	15,8	18,3	1,7	3,4	100,0
1978	3,7	3,4	11,1	1,4	26,3	9,2	5,5	16,0	18,4	1,7	3,3	100,0
1979	3,7	3,4	11,0	1,4	26,3	9,2	5,5	16,0	18,4	1,7	3,3	100,0
1980	3,8	3,4	11,0	1,4	26,3	9,2	5,5	16,1	18,4	1,7	3,3	100,0
1981	3,8	3,4	11,0	1,4	26,2	9,2	5,5	16,2	18,4	1,7	3,3	100,0
1982 ^P	3,7	3,4	11,0	1,3	26,1	9,2	5,5	16,3	18,5	1,7	3,3	100,0
1983 ^P	3,8	3,4	10,9	1,3	25,9	9,2	5,6	16,3	18,7	1,7	3,3	100,0
1984 ^P	3,8	3,3	10,9	1,3	25,7	9,2	5,6	16,3	18,9	1,7	3,3	100,0

Erwerbstätige (Inländer) nach der Stellung im Beruf 1970 - 1983

Jahr	Insgesamt		Arbeitnehmer			Selbständige und mithelfende Familienangehörige		
	1 000	1970 = 100	1 000	1970 = 100	Anteil in %	1 000	1970 = 100	Anteil in %
1970	1 567	100	1 242	100	79,3	325	100	20,7
1971	1 565	100	1 260	101	80,5	305	94	19,5
1972	1 564	100	1 269	102	81,2	294	91	18,8
1973	1 571	100	1 283	103	81,6	288	89	18,4
1974	1 542	98	1 264	102	81,9	278	86	18,1
1975	1 506	96	1 235	99	82,0	271	83	18,0
1976	1 489	95	1 231	99	82,6	259	80	17,4
1977	1 499	96	1 248	101	83,3	251	77	16,7
1978	1 508	96	1 263	102	83,7	245	75	16,3
1979	1 523	97	1 286	104	84,4	237	73	15,6
1980	1 534	98	1 300	105	84,8	234	72	15,2
1981	1 524	97	1 296	104	85,0	228	70	15,0
1982 ^P	1 500	96	1 275	103	85,0	225	69	15,0
1983 ^P	1 486	95	1 258	101	84,7	228	70	15,3

werbstätigen im verarbeitenden Gewerbe im weiteren Sinn mit dem Herstellen von Produkten befassen, wie z. B. Anbauen, Fördern, Verarbeiten/Bearbeiten, Bauen. 62% der hier Beschäftigten üben dagegen Dienstleistungen im weiteren Sinn aus, wie z. B. Maschinen warten, Reparieren, Handel treiben, Büroarbeiten, Planen/Forschen, Leiten, Allgemeine Dienstleistungen, Sichern oder Ausbilden/Informieren. Darunter bilden die Büroarbeiten mit 14% den größten Anteil.

Nach Zusammenfassung aller Wirtschaftsbereiche liegt der Anteil der Herstellertätigkeiten bei 25%. Damit üben drei von vier Erwerbstätigen vorwiegend Dienstleistungsfunktionen aus.

1,26 Mill. Rheinland-Pfälzer stehen in einem Arbeitnehmerverhältnis

Unter Berücksichtigung eines negativen Pendler-saldos von - 88 000 ergibt sich, daß im Jahre 1983 - in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - rund 1,5 Mill. Rheinland-Pfälzer

erwerbstätig waren. Davon standen 1,26 Mill. oder 85% in einem Arbeitnehmerverhältnis, 15% waren selbständig oder als mithelfende Familienangehörige beschäftigt.

Seit 1970 hat sich in den beiden Gruppen eine unterschiedliche Entwicklung vollzogen. So nahm die Zahl der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer seit 1970, unterbrochen durch den konjunkturell bedingten Rückgang Mitte der 70er Jahre, bis 1980 kontinuierlich zu. Obwohl seit 1981 wieder eine stark rückläufige Entwicklung zu verzeichnen ist, lag die Zahl der Arbeitnehmer im Jahre 1983 immer noch um 27 000 oder 2,2% höher als im Rezessionsjahr 1976. Dagegen hat die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen, vor allem bedingt durch die Situation in der Land- und Forstwirtschaft, seit 1970 ständig abgenommen. Sie belief sich im Jahre 1983 auf 228 000, das sind 97 000 weniger als 1970.

Diplom-Mathematikerin B. Lux-Henseler

Veränderung der Betriebsgrößenstruktur in der gewerblichen Wirtschaft 1961 bis 1984

Angaben über die Betriebsgrößenstruktur der gesamten gewerblichen Wirtschaft fallen nur in relativ großen Zeitabständen im Rahmen von Arbeitsstättenzählungen an. Die letzten fanden in den Jahren 1950, 1961 und 1970 statt. Die nächste Bestandsaufnahme dieser Art, die sich der Zählerorganisation der Volkszählung bedient, sollte zunächst im Jahre 1981 durchgeführt werden. Als neuer Zählungstermin wurde nunmehr der Mai 1987 vorgesehen. Ergebnisse aus diesen Totalzählungen - ergänzt um Angaben aus laufenden Bereichszählungen - liegen den folgenden Ausführungen über Veränderungen der Betriebsgrößenstruktur in der gewerblichen Wirtschaft in einem Zeitraum von fast 25 Jahren zugrunde.

Mittel- und Großbetriebe haben in den 60er Jahren an Bedeutung gewonnen

Von den 146 000 Betrieben der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck und Gebietskörperschaften) hatten im Jahre 1970 rund 107 000 Betriebe oder 73% weniger als fünf Beschäftigte. An der Gesamtzahl der tätigen Personen (1,3 Mill.) hatten sie jedoch nur einen Anteil von 17%. Damit hat sich das Gewicht der Kleinstbetriebe seit 1961 (79% der Betriebe mit 22% der Beschäftigten) deutlich verringert. Am stärksten an Bedeutung gewonnen haben in diesem Zeitraum die Großbetriebe mit 500 und mehr Arbeitskräften. Ob-

Betriebsgrößenstruktur der gewerblichen Wirtschaft 1961 und 1970

Betriebsgrößenklasse	Insgesamt		Verarbeitendes Gewerbe		Baugewerbe		Handel		
	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970	
	Anteil in %								
Betriebe									
1 Beschäftigter	35,3	28,8	34,9	27,3	17,6	14,7	40,5	34,9	
2 - 4 Beschäftigte	43,7	44,3	39,3	38,1	37,0	34,7	44,6	46,1	
5 - 9 "	11,8	14,9	13,0	17,1	22,2	24,8	9,6	11,6	
10 - 19 "	4,6	5,9	5,6	7,3	11,9	13,6	3,3	4,6	
20 - 49 "	2,8	3,7	3,7	5,4	7,4	8,2	1,5	2,0	
50 - 99 "	1,0	1,3	1,7	2,3	2,6	2,6	0,4	0,5	
100 - 199 "	0,5	0,6	0,9	1,2	1,0	1,1	0,1	0,2	
200 - 499 "	0,2	0,3	0,6	0,9	0,3	0,3	-	0,1	
500 - 999 "	0,1	0,1	0,2	0,2	-	0,0	-	0,0	
1 000 u.mehr "	-	0,1	0,1	0,2	-	0,0	-	-	
I n s g e s a m t	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Beschäftigte									
1 Beschäftigter	5,1	3,2	2,7	1,6	1,7	1,3	11,4	8,0	
2 - 4 Beschäftigte	16,7	13,3	8,4	6,1	10,0	9,0	31,9	26,8	
5 - 9 "	10,9	10,6	6,5	6,2	13,9	14,4	17,2	16,9	
10 - 19 "	9,0	8,9	5,8	5,6	15,3	16,3	12,2	13,8	
20 - 49 "	12,2	12,8	9,0	9,5	21,4	22,1	11,9	13,8	
50 - 99 "	10,2	10,3	9,1	9,3	16,6	15,6	7,1	7,3	
100 - 199 "	9,4	9,7	9,8	9,9	12,9	13,1	4,7	6,3	
200 - 499 "	10,4	11,5	15,1	16,2	6,1	6,1	2,2	4,4	
500 - 999 "	5,0	6,2	8,3	9,6	8,2	1,2	1,4	2,7	
1 000 u.mehr "	11,1	13,5	25,3	26,0	-	0,9	-	-	
I n s g e s a m t	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

wohl diese Arbeitsstätten auch 1970 zahlenmäßig nur einen Anteil von 0,1% hatten, entfiel bereits ein Fünftel aller tätigen Personen auf diese Größenklasse. 1961 waren die Großbetriebe erst mit 16% an der Gesamtbeschäftigung beteiligt gewesen.

Während die Kleinbetriebe (fünf bis 19 Beschäftigte) in den folgenden neun Jahren ihren zahlenmäßigen Anteil um 4,5 Punkte auf 21% erhöhen konnten, lagen sie bei den Beschäftigten 1970 mit 19,6% knapp unter der Quote von 1961 (19,8%). Die Mittelbetriebe (20 bis 499 Beschäftigte) haben dagegen zwischen 1961 und 1970 sowohl nach der Zahl als auch hinsichtlich der Beschäftigten an Bedeutung gewonnen. So hat sich der Anteil der Betriebe in dieser Größenklasse von 4,5% auf 6% erhöht. Von den Beschäftigten waren 1970 insgesamt 44% in Mittelbetrieben tätig gegenüber 42% im Jahre 1961.

Da die laufenden Erhebungen nicht die gesamte gewerbliche Wirtschaft betreffen, beschränken sich die folgenden Ausführungen über den Zeitraum ab 1970 auf das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, den Handel und das Gastgewerbe, das 1970 innerhalb der von privaten Unternehmen erbrachten Dienstleistungen mit 37% den größten Anteil an der Beschäftigtenzahl hatte. In den genannten Wirtschaftsbereichen waren vor 14 Jahren 69% aller Betriebe mit 68% der Beschäftigten tätig.

Verarbeitendes Gewerbe: Mittel- und Großbetriebe ab 1970 am stärksten vom Rückgang der Zahl der Betriebe betroffen

Im verarbeitenden Gewerbe hatten im Jahre 1970 die Großbetriebe mit 36% aller Beschäftigten ein

deutlich größeres Gewicht als in der gesamten gewerblichen Wirtschaft (20%), was auf eine überdurchschnittlich hohe Konzentration in diesem Wirtschaftsbereich hindeutet. Im Gegensatz dazu waren die Kleinbetriebe mit weniger als fünf Beschäftigten mit einem Beschäftigtenanteil von 8% hier relativ unbedeutend. Mit 45% der tätigen Personen waren die Mittelbetriebe zwar genau so stark repräsentiert wie in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt, innerhalb dieser Größenklasse lag im verarbeitenden Gewerbe der Schwerpunkt aber eindeutig bei den größeren Betrieben mit 200 bis 499 Beschäftigten (16%), die im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche nur auf 12% kamen.

Gegenüber 1961 ist der Konzentrationsprozeß damit weiter fortgeschritten. Damals waren nämlich noch 74% der Betriebe Kleinbetriebe mit weniger als fünf Beschäftigten mit einem Anteil an den tätigen Personen insgesamt von 11%. Die Großbetriebe hatten dagegen einen zahlenmäßigen Anteil von 0,3% mit 34% der Beschäftigten. Die Zahl der Großbetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten hat sich in diesem Zeitraum um 18 auf 120 und deren Beschäftigte um 19 000 oder 12% auf 185 000 erhöht. Da die Zahl der Betriebe überproportional zugenommen hat, ist die durchschnittliche Betriebsgröße in dieser Größenklasse von 1 627 auf 1 542 Beschäftigte gesunken, während sie im gesamten verarbeitenden Gewerbe von 12,8 auf 17,5 Beschäftigte deutlich gestiegen war.

Da bei den laufenden Erhebungen im verarbeitenden Gewerbe die Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten unberücksichtigt bleiben, muß sich die folgende Darstellung der Entwicklung seit 1970

Betriebe des verarbeitenden Gewerbes und deren Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen 1970 - 1984
(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Ins- gesamt	Betriebe mit ... Beschäftigten					
		20	50	100	200	500	1 000 und mehr
		- 49	- 99	- 199	- 499	- 999	
<u>Betriebe</u>							
Insgesamt							
1970	2 989	1 453	725	419	262	81	49
1975	2 741	1 397	647	342	239	75	41
1980	2 680	1 330	655	338	235	77	45
1981	2 643	1 324	632	342	231	73	41
1982	2 558	1 325	576	321	229	67	40
1983	2 490	1 298	566	312	212	63	39
1984	2 464	1 277	549	320	216	64	38
1970 = 100							
1970	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1975	91,7	96,1	89,2	81,6	91,2	92,6	83,7
1980	89,7	91,5	90,3	80,7	89,7	95,1	91,8
1981	88,4	91,1	87,2	81,6	88,2	90,1	83,7
1982	85,6	91,2	79,4	76,6	87,4	82,7	81,6
1983	83,3	89,3	78,1	74,5	80,9	77,8	79,6
1984	82,4	87,9	75,7	76,4	82,4	79,0	77,6
Anteil in %							
1970	100,0	48,6	24,3	14,0	8,8	2,7	1,6
1975	100,0	51,0	23,6	12,5	8,7	2,7	1,5
1980	100,0	49,6	24,4	12,6	8,8	2,9	1,7
1981	100,0	50,1	23,9	12,9	8,7	2,8	1,6
1982	100,0	51,8	22,5	12,5	9,0	2,6	1,6
1983	100,0	52,1	22,8	12,5	8,5	2,5	1,6
1984	100,0	51,8	22,3	13,0	8,8	2,6	1,5
<u>Beschäftigte</u>							
Insgesamt							
1970	427 183	43 899	47 831	56 872	82 131	55 395	141 055
1975	386 591	42 116	43 002	45 718	73 977	51 501	130 277
1980	398 649	42 956	45 432	46 957	72 197	51 741	139 366
1981	390 629	42 103	43 549	47 366	71 556	50 190	135 865
1982	375 874	42 031	40 199	44 338	70 577	45 653	133 076
1983	362 526	41 171	40 226	43 779	65 261	42 118	129 971
1984	362 848	40 439	38 682	44 217	66 662	42 310	130 538
1970 = 100							
1970	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1975	90,5	95,9	89,9	80,4	90,1	93,0	92,4
1980	93,3	97,9	95,0	82,6	87,9	93,4	98,8
1981	91,4	95,9	91,0	83,3	87,1	90,6	96,3
1982	88,0	95,7	84,0	78,0	85,9	82,4	94,3
1983	84,9	93,8	84,1	77,0	79,5	76,0	92,1
1984	84,9	92,1	80,9	77,7	81,2	76,4	92,5
Anteil in %							
1970	100,0	10,3	11,2	13,3	19,2	13,0	33,0
1975	100,0	11,0	11,1	11,8	19,1	13,3	33,7
1980	100,0	10,8	11,4	11,8	18,1	13,0	34,9
1981	100,0	10,8	11,2	12,1	18,3	12,8	34,8
1982	100,0	11,2	10,7	11,8	18,8	12,1	35,4
1983	100,0	11,4	11,1	12,1	18,0	11,6	35,8
1984	100,0	11,1	10,7	12,2	18,4	11,6	36,0

auf die Industrie- und Handwerksbetriebe mit 20 und mehr Beschäftigte beschränken, die 1970 an der Gesamtzahl der Betriebe nur einen Anteil von 10% hatten, an der Gesamtzahl der Beschäftigten jedoch mit vier Fünfteln beteiligt waren.

Sowohl die Zahl der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen als auch deren Beschäftigte sind seit 1970 fast ständig zurückgegangen. Lag die Betriebszahl 1970 noch bei

knapp 3 000, so belief sie sich 1984 auf weniger als 2 500 (- 18%). Die Beschäftigtenzahl reduzierte sich gleichzeitig um gut 64 000 auf 362 800 (- 15%). Am stärksten verringerte sich dabei die Zahl der Mittelbetriebe mit 50 bis 199 Beschäftigten, und zwar um 24% auf 869. Die Zahl der Beschäftigten ging hier um 21% zurück. Den geringsten Rückgang verzeichneten die Arbeitsstätten mit weniger als 50 Beschäftigten. Ihre Zahl nahm in dieser Zeit nur um 12%

Betriebe des Handels und deren Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen 1968 und 1979

Betriebsgrößenklasse	Betriebe				Beschäftigte			
	1968		1979		1968		1979	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1 - 9 Beschäftigte	36 789	92,3	32 267	91,2	95 452	51,3	86 035	49,3
10 - 19 "	1 864	4,7	2 014	5,7	24 478	13,2	26 456	15,2
20 - 49 "	867	2,2	786	2,2	25 813	13,9	22 436	12,9
50 und mehr "	339	0,9	298	0,8	40 396	21,7	39 609	22,7
I n s g e s a m t	39 868	100,0	35 365	100,0	186 139	100,0	174 536	100,0

auf 1 277, deren Beschäftigte sogar nur um 8% ab. Eine relativ starke Reduzierung der Betriebszahl (– 22%) wurde bei den Großbetrieben mit 1 000 und mehr Beschäftigten beobachtet. Da sich die durchschnittliche Betriebsgröße gleichzeitig um 556 auf 3 435 Beschäftigte erhöhte, fiel der Beschäftigtenrückgang in dieser Größenklasse mit – 8% allerdings relativ gering aus.

Die differenzierte Entwicklung der Betriebs- und Beschäftigtenzahl in den letzten 14 Jahren führte zu einer veränderten Betriebsgrößenstruktur. Während sich der Anteil der kleineren Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten um 3 Punkte auf 52% erhöhte, waren in fast allen übrigen Größenklassen Anteilsverluste zu beobachten. Am stärksten verringerte sich der Anteil der Betriebe mit 50 bis 199 Beschäftigten, und zwar um 3 Prozentpunkte auf 35%. Während sich das Gewicht der Großbetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten nur sehr geringfügig um 0,2 Punkte auf 4% verminderte, blieb der Anteil der größeren Mittelbetriebe mit 200 bis 499 Beschäftigten mit 9% gegenüber 1970 konstant.

Von der Veränderung der Betriebsstruktur unterschied sich diejenige der Beschäftigtenstruktur jedoch erheblich. Den stärksten Anteilsgewinn verzeichneten die Betriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten, und zwar um 3 Punkte auf 36%. Die Betriebe mit 20 bis 49 Beschäftigten konnten ihren Beschäftigtenanteil dagegen nur um 0,8 Punkte auf 11% erhöhen. In den übrigen Größenklassen ergaben sich dagegen Anteilsverluste zwischen 0,5 (50 bis 99 Beschäftigte) und 1,3 Punkten (500 bis 999 Beschäftigte).

Baugewerbe: Anteil der Mittelbetriebe deutlich zurückgegangen

Das Baugewerbe ist in stärkerem Maße mittelständisch orientiert als das verarbeitende Gewerbe. 1970 hatten 47% der Baubetriebe zwischen fünf und 50 tätige Personen gegenüber 30% im verarbeitenden Gewerbe. In diesen Betrieben waren 53% der Beschäftigten tätig (verarbeitendes Gewerbe 21%). Dagegen spielen im Baubereich sowohl die Kleinst- als auch die Großbetriebe eine geringere Rolle. Waren 1970 im verarbeitenden Gewerbe fast zwei Drittel der Betriebe der Größenklasse unter fünf Beschäftigten zuzuordnen, belief sich dieser Anteil im Baugewerbe nur auf knapp 50%. Betriebe mit 500 und mehr Beschäftigten gab es im Bau nur drei. Ihr Beschäftigtenanteil betrug 2% gegenüber 36% im verarbeitenden Gewerbe.

Im Vergleich zu 1961 haben die mittelständischen Betriebe noch an Bedeutung gewonnen. Damals zählten erst 42% der Betriebe mit 51% der Beschäftigten zur Größenklasse fünf bis 49 Beschäftigte. Mehr als 500 Beschäftigte hatte damals erst ein Betrieb.

Da für die Jahre nach 1970 für das Ausbaugewerbe keine lückenlosen Ergebnisse nach Beschäftigtengrößenklassen vorliegen, muß sich die folgende Untersuchung mit dem Bauhauptgewerbe begnügen, zu dem 44% der Betriebe des Baugewerbes mit drei Viertel der Beschäftigten dieses Wirtschaftsbereichs gehören.

Mit Ausnahme der Jahre 1981 und 1982 ist die Zahl der Betriebe im Bauhauptgewerbe seit 1970 ständig zurückgegangen. Im Jahre 1984 waren in Rheinland-Pfalz noch gut 3 900 Betriebe tätig gegenüber knapp 4 600 im Jahre 1970 (– 14%). Die Beschäftigtenzahl verringerte sich in diesem Wirt-

Betriebe des Gastgewerbes und deren Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen 1961 und 1970

Betriebsgrößenklasse	Betriebe				Beschäftigte			
	1961		1970		1961		1970	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1 - 4 Beschäftigte	12 468	86,6	13 711	87,4	28 330	62,7	29 819	62,5
5 - 9 "	1 492	10,7	1 509	9,6	9 141	20,3	9 192	19,3
10 - 19 "	336	2,3	374	2,4	4 458	9,9	4 831	10,1
20 - 49 "	90	0,6	75	0,5	2 464	5,5	2 063	4,3
50 und mehr "	11	0,1	20	0,1	718	1,6	1 814	3,8
I n s g e s a m t	14 397	100,0	15 689	100,0	45 111	100,0	47 719	100,0

Betriebe des Bauhauptgewerbes und deren Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen 1970 - 1984

Jahr	Ins- gesamt	Betriebe mit ... Beschäftigten							
		1	5	10	20	50	100	200	500
		-	-	-	-	-	-	-	und
		4	9	19	49	99	199	499	mehr
Betriebe									
Insgesamt									
1970	4 573	1 265	1 177	898	813	263	124	29	4
1975	4 052	1 090	1 161	863	633	203	79		23
1980	3 896	892	1 153	921	610	213	78	24	5
1981	3 905	863	1 206	934	581	214	78	25	4
1982	3 966	991	1 210	915	560	192	71	23	4
1983	3 951	978	1 226	917	551	184	71	19	5
1984	3 928	976	1 222	913	536	181	73	22	5
1970 = 100									
1970	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1975	88,6	86,2	98,6	96,1	77,9	77,2	63,7		69,7
1980	85,2	70,5	98,0	102,6	75,0	81,0	62,9	82,8	125,0
1981	85,4	68,2	102,5	104,0	71,5	81,4	62,9	86,2	100,0
1982	86,7	78,3	102,8	101,9	68,9	73,0	57,3	79,3	100,0
1983	86,4	77,3	104,2	102,1	67,8	70,0	57,3	65,5	125,0
1984	85,9	77,2	103,8	101,7	65,9	68,8	58,9	75,9	125,0
Anteil in %									
1970	100,0	27,7	25,7	19,6	17,8	5,8	2,7	0,6	0,1
1975	100,0	26,9	28,7	21,3	15,6	5,0	1,9		0,6
1980	100,0	22,9	29,6	23,6	15,7	5,5	2,0	0,6	0,1
1981	100,0	22,1	30,9	23,9	14,9	5,5	2,0	0,6	0,1
1982	100,0	25,0	30,5	23,1	14,1	4,8	1,8	0,6	0,1
1983	100,0	24,8	31,0	23,2	13,9	4,7	1,8	0,5	0,1
1984	100,0	24,9	31,1	23,2	13,6	4,6	1,9	0,6	0,1
Beschäftigte									
Insgesamt									
1970	91 315	3 263	7 859	12 114	22 612	17 865	16 485	8 139	2 978
1975	71 593	2 848	7 825	11 756	17 959	13 903	10 694		6 608
1980	76 020	2 314	7 833	12 560	18 210	14 661	10 522	6 256	3 664
1981	74 863	2 220	8 137	12 569	17 390	14 741	10 370	6 620	2 816
1982	71 998	2 526	8 171	12 492	16 765	13 275	9 665	6 528	2 576
1983	70 238	2 437	8 354	12 464	16 494	12 641	9 595	5 273	2 980
1984	70 015	2 415	8 279	12 363	16 102	12 358	9 613	5 931	2 954
1970 = 100									
1970	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1975	78,4	87,3	99,6	97,0	79,4	77,8	64,9		59,4
1980	83,3	70,9	99,7	103,7	80,5	82,1	63,8	76,9	123,0
1981	82,0	68,0	103,5	103,8	76,9	82,5	62,9	81,3	94,6
1982	78,8	77,4	104,0	103,1	74,1	74,3	58,6	80,2	86,5
1983	76,9	74,7	106,3	102,9	72,9	70,8	58,2	64,8	100,1
1984	76,7	74,0	105,3	102,1	71,2	69,2	58,3	72,9	99,2
Anteil in %									
1970	100,0	3,6	8,6	13,3	24,7	19,5	18,1	8,9	3,3
1975	100,0	4,0	10,9	16,4	25,1	19,4	15,0		9,2
1980	100,0	3,1	10,3	16,5	24,0	19,3	13,8	8,2	4,8
1981	100,0	2,9	10,9	16,8	23,2	19,7	13,9	8,8	3,8
1982	100,0	3,6	11,3	17,3	23,3	18,4	13,4	9,1	3,6
1983	100,0	3,5	11,9	17,7	23,5	18,0	13,7	7,5	4,2
1984	100,0	3,4	11,8	17,7	23,0	17,7	13,7	8,5	4,2

schaftsbereich gleichzeitig von 91 300 auf 70 000 (– 23%). Am stärksten von dem Rückgang betroffen waren die Betriebe mit 20 bis 199 Beschäftigten. Ihr Bestand reduzierte sich in dieser Zeit von 1 200 auf 790 (– 34%) und das Personal von knapp 57 000 auf 38 073 (– 33%). Während die Zahl der Kleinstbetriebe mit weniger als fünf Beschäftigten (– 23%) sowie die Zahl der Betriebe mit 200 bis 499 Beschäftigten (– 24%) ebenfalls deutlich abgenommen hat, gab es sowohl bei den Betrieben mit fünf bis 19 Beschäftig-

ten (+ 3%) als auch bei den Großbetrieben mit 500 und mehr tätigen Personen einen Anstieg um einen auf fünf Betriebe. Während sich bei den Kleinbetrieben die Beschäftigtenzahl gleichzeitig um 3% auf 20 600 erhöhte, erreichte sie bei den Großbetrieben nach zwischenzeitlichen Schwankungen 1984 nahezu wieder den Stand von 1970.

Die zum Teil gegenläufige Entwicklung in den einzelnen Größenklassen hatte eine deutliche Änderung

der Betriebsgrößenstruktur zur Folge. Belief sich der Anteil der Mittelbetriebe mit 20 bis 199 Beschäftigten an der Gesamtzahl der Betriebe des Bauhauptgewerbes 1970 noch auf gut ein Viertel (26%), betrug er 1984 nur ein Fünftel. Der Anteil der tätigen Personen nahm in diesen Betrieben von 62 auf 54% ab. Deutlich an Bedeutung gewonnen haben dagegen die Betriebe mit fünf bis 19 Beschäftigten. Ihr Anteil erhöhte sich von 45 auf 54%. Ihre Beschäftigtenzahl hatte 1984 mit 30% ebenfalls ein erheblich größeres Gewicht als 1970 (22%).

Handel: Konzentration fortgesetzt

Im Handel überwogen 1970 zahlenmäßig die Betriebe mit weniger als fünf Beschäftigten (81%). Diese Betriebe hatten jedoch nur einen Anteil an der Beschäftigtenzahl von 35%. Im Gegensatz dazu waren die Niederlassungen mit zehn bis 49 Beschäftigten zahlenmäßig zwar nur mit 7% vertreten, ihr Beschäftigtenanteil belief sich aber auf 28%. Am größten ist die Diskrepanz bei den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten. In dieser Größenklasse waren nur 0,8% der Betriebe, aber 21% des Personals anzutreffen.

Die Konzentration im Handel hat sich gegenüber 1961 noch verstärkt. Damals verfügten noch 85% der Betriebe mit 43% der Beschäftigten über weniger als fünf tätige Personen. Mehr als 50 Beschäftigte hatten nur 0,5% der Betriebe mit 15% der Arbeitskräfte.

Die laufenden Erhebungen im Handel und Gastgewerbe liefern zwar keine Informationen über Betriebsgrößen nach Beschäftigtengrößenklassen. Für einen Überblick über die Situation in den 70er Jahren sind aber die Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählungen 1968 und 1979 geeignet. Sie enthalten allerdings im Gegensatz zu den vorstehenden Ergebnissen aus Arbeitsstättenzählungen jedoch nur Angaben von Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 12 500 DM. Danach ist die Zahl der Handelsniederlassungen zwischen 1968 und 1979 um 11% zurückgegangen. Die Beschäftigtenzahl nahm gleichzeitig um 6% ab. Am stärksten verringert hat sich in dieser Zeit die Zahl der Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten sowie mit 50 und mehr Beschäftigten (jeweils – 12%). Während die Niederlassungen mit 20 bis 49 ebenfalls deutlich abnahmen (– 9%), haben die mittleren Betriebsgrößen mit zehn bis 19 Beschäftigten mit + 8% erheblich an Bedeutung gewonnen. In der Tendenz trifft dies auch auf die Beschäftigtenseite zu. Allerdings fiel bei den

Großbetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten der Rückgang bei der Beschäftigtenzahl mit – 2% wesentlich niedriger als bei der Betriebszahl aus. Die durchschnittliche Betriebsgröße nahm hier um 14 auf 133 Beschäftigte zu.

Ein Vergleich der Betriebsgrößenstrukturen in den beiden Zensusjahren zeigt, daß sich der in den 60er Jahren beobachtete Konzentrationsprozeß in den 70er Jahren – wenn auch nicht im gleichen Ausmaß – fortgesetzt hat. Waren 1968 noch in 92% der Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten 51% des Personals beschäftigt, beliefen sich die Anteile 1979 auf 91 bzw. 49%. Entsprechend hat sich der Anteil der Großbetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten von 0,9 auf 0,8% reduziert und derjenige der Beschäftigten von 22 auf 23% erhöht. Die Entwicklung der Betriebs- und Beschäftigtenzahlen des Einzelhandels in den 80er Jahren, der 1979 einen Anteil an der Zahl aller Handelsbetriebe von 69%, an deren Beschäftigtenzahl von 67% hatte, deutet darauf hin, daß dieser Prozeß noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Während die Gesamtzahl der Beschäftigten im Einzelhandel von 1980 bis 1984 um rund 6% zurückging, verringerte sich diejenige der Betriebe mit weniger als 1 Mill. DM Umsatz im Durchschnitt um 15%.

Gastgewerbe: Deutliche Strukturgewinne für Mittelbetriebe

Die weitaus meisten der 15 700 Betriebe des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (87%) hatten 1970 weniger als fünf Beschäftigte. An den Beschäftigten des Gastgewerbes (47 700) hatten sie jedoch nur einen Anteil von 63%. Die mittleren Betriebe mit fünf bis 19 Beschäftigten waren an der Betriebszahl mit 12%, an der Beschäftigtenzahl dagegen mit 29% beteiligt. Mehr als 100 Beschäftigte hatten vier Gastgewerbebetriebe mit einem Beschäftigtenanteil von 1,5%.

Im Vergleich zu 1961 hat sich die Betriebsgrößenstruktur nur geringfügig zugunsten der größeren Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten verschoben. Diese Betriebe verfügten 1961 erst über 1,6%, 1970 jedoch über 3,8% der Beschäftigten. Entsprechend verringerte sich der Anteil der Betriebe mit fünf bis 49 Beschäftigten von 36% auf 34% aller Gastgewerbebeschäftigten.

Die bereits in den 60er Jahren beobachtete Ausweitung des Gastgewerbes setzte sich in Rheinland-Pfalz in den 70er Jahren verstärkt fort. So nahm

Betriebe des Gastgewerbes und deren Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen 1968 und 1979

Betriebsgrößenklasse	Betriebe				Beschäftigte			
	1968		1979		1968		1979	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1 - 2 Beschäftigte	7 371	56,4	9 315	59,5	12 616	29,2	14 530	27,7
3 - 9 "	5 221	40,0	5 608	35,9	21 521	49,8	24 735	47,1
10 - 19 "	354	2,7	568	3,6	4 578	10,6	7 172	13,7
20 - 49 "	106	0,8	120	0,8	2 880	6,7	3 383	6,4
50 und mehr "	18	0,1	30	0,2	1 615	3,7	2 665	5,1
I n s g e s a m t	13 070	100,0	15 641	100,0	43 210	100,0	52 485	100,0

zwischen 1968 und 1979 die Zahl der Betriebe nochmals um 2 600 oder 20% zu. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich gleichzeitig um 9 300 oder ein Fünftel. Überproportional profitierten hiervon die Betriebe mit zehn bis 19 Beschäftigten sowie diejenigen mit 50 und mehr Personen. Diese wiesen sowohl bei der Betriebs- als auch bei der Beschäftigtenzahl Steigerungsraten von über 50% auf.

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung in den 70er Jahren ergibt sich eine weitere Verschiebung

der Betriebsgrößenstruktur. Waren 1968 in den Betrieben mit weniger als zehn tätigen Personen noch 79% der Beschäftigten anzutreffen, belief sich die Quote im Jahre 1979 nur noch auf 75%. Am stärksten erhöhte sich der Anteil des Personals in den Betrieben mit zehn bis 19 Beschäftigten, und zwar um 3 Punkte auf 14%. Aber auch die Großbetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten verzeichneten mit gut einem Punkt auf 5% einen deutlichen Anteilsgewinn.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Gewerbeanzeigen 1984

Die Anzeigepflicht für Gewerbetreibende ist durch die Verordnung über die Anzeigen nach § 14 und § 55 c der Gewerbeordnung vom 19. Oktober 1979 (BGBl. I S. 1761) geregelt. Dieses Verfahren soll den Behörden eine Prüfung ermöglichen, ob der Betriebsinhaber etwaige gesetzliche Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt und seinen gewerberechtlichen Verpflichtungen nachkommt. Dabei sind für die Anmeldungen, Ummeldungen und Abmeldungen jeweils eigene Vordrucke vorgesehen. Durchschriften dieser Anzeigen erhalten das Gewerbeamt, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer und das Statistische Landesamt. Bis zum Jahre 1983 dienten die monatlich eingesandten Bogen nur zur Ergänzung und Aktualisierung der Berichtskreise der Wirtschaftsstatistiken.

Auf Veranlassung des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr werden die Gewerbemeldungen ab 1984 auch statistisch aufbereitet und die Ergebnisse in einem Bericht veröffentlicht. Hinweise für die Gewerbeämter über den Vollzug der §§ 14 und 55 c der Gewerbeordnung enthalten die Mitteilungen des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz (Nr. 178/1980) vom 26. September 1980.

Abgrenzung der Gewerbemeldungen

Die weitaus meisten Meldungen betreffen das stationäre Gewerbe.

Anmeldung:

Zu den anzeigepflichtigen Vorgängen rechnen

- Neuerrichtung eines Betriebes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbständigen Zweigstelle. Wird ein Betrieb aus einer anderen Gemeinde in den Bereich der Anmeldebehörde verlegt, so wird dieser als eine Neuerrichtung behandelt, die Verlegung innerhalb der Gemeinde dagegen als Gewerbeummeldung.
- Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes, zum Beispiel durch Kauf, Pacht, Erbfolge oder Änderung der Rechtsform.

Haben für den gleichen Betrieb mehrere Personen eine Anmeldung vorzunehmen, wird im Rahmen der statistischen Auswertung die Anmeldung nur einmal gezählt, das heißt die Fallzahlen sind den Betriebszahlen gleichzusetzen.

Abmeldung:

Hierzu rechnen

- Vollständige Aufgabe eines Betriebes oder Verlegung in eine andere Gemeinde.
- Teilweise Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes. Entscheidend ist dabei nicht die Aufgabe eines Teils der bisher angemeldeten Tätigkeiten, zugleich muß eine Zweigniederlassung oder unselbständige Zweigstelle geschlossen werden.
- Aufgabe eines weiterbestehenden Betriebes durch Verkauf, Verpachtung, Erbfolge oder Änderung der Rechtsform.

Ummeldung:

Zu den anzeigepflichtigen Vorgängen gehören

- Verlegung eines bestehenden Betriebes innerhalb der Gemeinde.
- Erweiterung der Betriebstätigkeit auf Bereiche, die bisher nicht geschäftsmäßig sind.
- Änderung der Betriebstätigkeit.

Neben dem stationären Gewerbe werden noch das Automatenaufstellungs- und Reisegewerbe unterschieden.

Ausschluß von der Meldepflicht

Eine Anzeigepflicht nach den §§ 14 und 55 c der Gewerbeordnung ist nur für den Betrieb eines Gewerbes bzw. für selbständige Gewerbetreibende gegeben. Eine Meldepflicht besteht nicht für die Urproduktion, so zum Beispiel für Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau und Weinbau, sofern diese nicht gewerblich betrieben wird. Ausgenommen sind auch freie Berufe im Sinne des Gewerberechts wie wissenschaftliche, künstlerische oder schriftstellerische Tätigkeiten sowie Dienstleistungen höherer Art mit entsprechender Ausbildung (Ärzte, Rechtsanwälte). Weithin ausgeschlossen sind die Verwaltung des eigenen Vermögens, generell verbotene bzw. sozial unwürdige Tätigkeiten, Privatunterricht, Krankenpfleger und andere Heilberufe sowie Betriebe und Nebenbetriebe von Bahn und Post.

42 100 Gewerbeanzeigen

Bis zum Abschluß der Erfassung Mitte März 1985 gingen dem Statistischen Landesamt insgesamt 42 106 Gewerbeanzeigen zu, die das Jahr 1984 betrafen. Die meisten Bogen entfielen auf die Gewerbe-

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Industrie		
	An-meldungen	Ab-meldungen	Saldo	An-meldungen	Ab-meldungen	Saldo
Kreisfreie Stadt Koblenz	714	387	327	1	2	- 1
Landkreise						
Ahrweiler	476	327	149	6	2	4
Altenkirchen (Ww.)	511	325	186	20	8	12
Bad Kreuznach	664	373	291	14	4	10
Birkenfeld	390	276	114	15	13	2
Cochem-Zell	229	167	62	4	1	3
Mayen-Koblenz	858	491	367	21	9	12
Neuwied	903	613	290	26	7	19
Rhein-Hunsrück-Kreis	377	229	148	5	1	4
Rhein-Lahn-Kreis	539	402	137	4	6	- 2
Westerwaldkreis	854	514	340	21	25	- 4
RB Koblenz	6 515	4 104	2 411	137	78	59
Kreisfreie Stadt Trier	370	227	143	8	2	6
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	374	213	161	8	5	3
Bitburg-Prüm	326	186	140	3	3	-
Daun	221	142	79	4	1	3
Trier-Saarburg	429	259	170	4	6	- 2
RB Trier	1 720	1 027	693	27	17	10
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	237	134	103	2	1	1
Kaiserslautern	526	291	235	1	2	- 1
Landau i.d.Pfalz	179	116	63	1	1	-
Ludwigshafen a.Rhein	678	384	294	1	-	1
Mainz	791	340	451	3	4	- 1
Neustadt a.d.Weinstr.	297	181	116	2	1	1
Pirmasens	257	178	79	6	8	- 2
Speyer	282	147	135	1	-	1
Worms	381	233	148	2	-	2
Zweibrücken	138	102	36	3	2	1
Landkreise						
Alzey-Worms	437	255	182	6	3	3
Bad Dürkheim	599	299	300	4	1	3
Donnersbergkreis	314	191	123	3	1	2
Germersheim	468	280	188	7	4	3
Kaiserslautern	424	242	182	1	2	- 1
Kusel	301	247	54	4	2	2
Südliche Weinstraße	389	238	151	3	5	- 2
Ludwigshafen	627	396	231	4	2	2
Mainz-Bingen	760	430	330	4	3	1
Pirmasens	371	271	100	14	6	8
RB Rheinhessen-Pfalz	8 456	4 955	3 501	72	48	24
Kammerbezirke						
Rheinhessen	2 369	1 258	1 111	15	10	5
Pfalz	6 087	3 697	2 390	57	38	19
Rheinland-Pfalz	16 691	10 086	6 605	236	143	93
Kreisfreie Städte	4 850	2 720	2 130	31	23	8
Landkreise	11 841	7 366	4 475	205	120	85

1) Nur Neuerrichtungen. - 2) Nur vollständige Betriebsaufgaben.

Produzierendes Handwerk			Handel			Sonstige			Verwaltungsbezirk
An-meldungen	Ab-meldungen	Saldo	An-meldungen	Ab-meldungen	Saldo	An-meldungen	Ab-meldungen	Saldo	
43	33	10	366	152	214	304	200	104	Kreisfreie Stadt Koblenz
45	36	9	195	131	64	230	158	72	Landkreise
52	36	16	203	126	77	236	155	81	Ahrweiler
62	43	19	302	154	148	286	172	114	Altenkirchen (Ww.)
23	39	- 16	191	127	64	161	97	64	Bad Kreuznach
18	12	6	93	69	24	114	85	29	Birkenfeld
79	52	27	410	230	180	348	200	148	Cochem-Zell
80	71	9	437	260	177	360	275	85	Mayen-Koblenz
25	25	-	179	105	74	168	98	70	Neuwied
46	50	- 4	278	180	98	211	166	45	Rhein-Hunsrück-Kreis
81	71	10	406	222	184	346	196	150	Rhein-Lahn-Kreis
									Westerwaldkreis
554	468	86	3 060	1 756	1 304	2 764	1 802	962	RB Koblenz
24	20	4	149	91	58	189	114	75	Kreisfreie Stadt Trier
37	28	9	157	93	64	172	87	85	Landkreise
41	27	14	131	68	63	151	88	63	Bernkastel-Wittlich
33	22	11	86	34	52	98	85	13	Bitburg-Prüm
60	34	26	178	108	70	187	111	76	Daun
									Trier-Saarburg
195	131	64	701	394	307	797	485	312	RB Trier
17	17	-	109	55	54	109	61	48	Kreisfreie Städte
50	26	24	232	93	139	243	170	73	Frankenthal (Pfalz)
12	7	5	83	54	29	83	54	29	Kaiserslautern
40	37	3	246	131	115	391	216	175	Landau i.d.Pfalz
66	41	25	357	135	222	365	160	205	Ludwigshafen a.Rhein
19	13	6	129	77	52	147	90	57	Mainz
16	17	- 1	130	85	45	105	68	37	Neustadt a.d.Weinstr.
19	12	7	125	66	59	137	69	68	Pirmasens
23	21	2	178	115	63	178	97	81	Speyer
19	11	8	46	52	- 6	70	37	33	Worms
									Zweibrücken
41	25	16	222	131	91	168	96	72	Landkreise
42	30	12	247	106	141	306	162	144	Alzey-Worms
39	23	16	143	82	61	129	85	44	Bad Dürkheim
41	33	8	195	113	82	225	130	95	Donnersbergkreis
41	35	6	204	110	94	178	95	83	Germersheim
38	21	17	151	124	27	108	100	8	Kaiserslautern
37	36	1	177	89	88	172	108	64	Kusel
57	52	5	249	147	102	317	195	122	Südliche Weinstraße
76	72	4	347	173	174	333	182	151	Ludwigshafen
35	34	1	183	127	56	139	104	35	Mainz-Bingen
									Pirmasens
728	563	165	3 753	2 065	1 688	3 903	2 279	1 624	RB Rheinhessen-Pfalz
206	159	47	1 104	554	550	1 044	535	509	Kammerbezirke
522	404	118	2 649	1 511	1 138	2 859	1 744	1 115	Rheinhessen
									Pfalz
1 477	1 162	315	7 514	4 215	3 299	7 464	4 566	2 898	Rheinland-Pfalz
348	255	93	2 150	1 106	1 044	2 321	1 336	985	Kreisfreie Städte
1 129	907	222	5 364	3 109	2 255	5 143	3 230	1 913	Landkreise

Gewerbeanzeigen nach Betriebsart, Selbstständigkeitsgrad, Rechtsform und Staatsangehörigkeit
des Inhabers 1984

Art der Angabe	Anmeldungen			Abmeldungen				Ummeldungen			
	insgesamt	Neuer- errich- tungen	Über- nahme eines bereits bestehenden Be- triebes	insgesamt	voll- stän- dige Auf- gabe	teil- weise Auf- gabe	Auf- gabe eines weiter- hin bestehenden Be- triebes	insgesamt	Ände- rung der Be- triebs- tätig- keit	Er- weite- rung der Be- triebs- tätig- keit	Ver- legung des Be- triebes
Betriebsart											
Industrie	346	236	110	225	143	12	70	102	60	17	25
Handwerk	1 982	1 477	505	1 794	1 162	60	572	448	123	173	152
Handel	9 477	7 514	1 963	6 041	4 215	328	1 498	1 923	440	1 001	482
Sonstige	10 975	7 464	3 511	7 249	4 566	188	2 495	1 544	412	676	456
Selbstständigkeitsgrad											
Selbstständiger Betrieb	21 161	15 401	5 760	14 481	9 865	128	4 488	3 741	999	1 728	1 014
Zweigniederlassung	535	416	119	307	87	165	55	90	17	51	22
Unselbständige Zweig- stelle	1 084	874	210	521	134	295	92	186	19	88	79
Rechtsform											
Einzelkaufmann	19 571	14 374	5 197	13 529	9 097	330	4 102	3 167	736	1 569	862
Mehrere natürliche Personen	825	620	205	405	233	10	162	116	43	51	22
OHG	74	51	23	80	37	17	26	35	15	15	5
KG	112	84	28	104	47	21	36	50	16	20	14
GmbH und Co. KG	248	152	96	175	81	60	34	100	44	33	23
GmbH	1 881	1 356	525	922	535	131	256	505	169	162	174
AG und KGaA	35	29	6	31	11	16	4	15	6	4	5
Genossenschaft	7	5	2	7	2	3	2	7	1	3	3
Sonstige private Rechtsform	27	20	7	56	43	-	13	22	5	10	7
Öffentliche Rechtsform	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsangehörigkeit											
Deutsche	21 544	16 013	5 531	14 580	9 744	558	4 278	3 827	994	1 776	1 057
Ausländer	1 236	678	558	729	342	30	357	190	41	91	58
Frankreich	61	43	18	39	19	5	15	13	2	7	4
Niederlande	54	37	17	32	15	3	14	7	2	2	3
Italien	365	175	190	260	107	7	146	49	14	24	11
Großbritannien	51	39	12	20	12	4	4	9	2	3	4
Griechenland	172	49	123	104	25	-	79	16	4	6	6
Österreich	53	37	16	40	27	2	11	14	1	9	4
Spanien	5	4	1	16	11	-	5	-	-	-	-
Jugoslawien	82	36	46	45	24	-	21	5	2	2	1
Türkei	131	64	67	63	37	6	20	33	4	19	10
USA	119	96	23	35	16	1	18	13	5	5	3
I n s g e s a m t	22 780	16 691	6 089	15 309	10 086	588	4 635	4 017	1 035	1 867	1 115

anmeldungen (22 780). Als Abmeldungen wurden 15 309 Fälle gezählt und als Ummeldungen 4 017. In drei von vier Fällen betraf die Anmeldung die Neuer-
errichtung eines Gewerbes, die übrigen die Über-
nahme eines bereits bestehenden Betriebes. Häufig-
ster Grund der Abmeldungen war die vollständige
Aufgabe der Tätigkeit (66 Prozent).

Jede zehnte Anzeige betraf das Handwerk

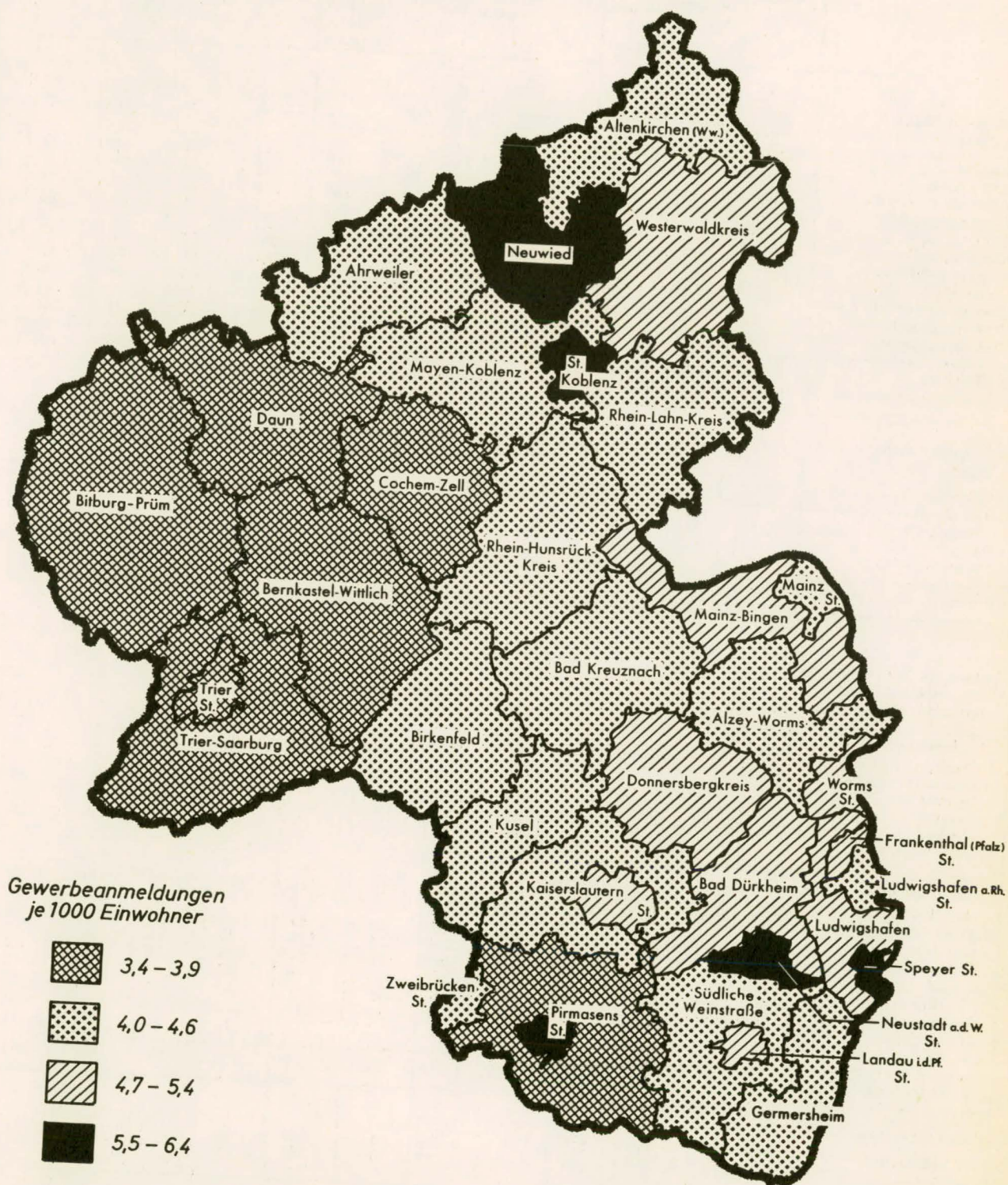
Die meisten Anzeigen wurden für den Handel er-
stattet; insgesamt waren es 17 441 oder 41%. Jede
zehnte Anzeige betraf das Handwerk und knapp 2%
entfielen auf die Industrie. Auf sonstige Betriebe ent-
fielen 47%. Hierzu zählen insbesondere die Wirt-
schaftsbereiche Verkehr, Versicherungs- und Dienst-
leistungsgewerbe. Bei der Unterscheidung nach An-
und Abmeldungen fällt auf, daß der Anteil der An-

meldungen beim Handwerk mit 8,7% niedriger liegt
als bei den Abmeldungen (12%). Für die Bereiche
Handel und Sonstige ist dagegen ein geringes Plus
bei den Anmeldungen zu beobachten.

Die weitaus überwiegende Zahl der Meldungen
bezog sich auf selbständige Betriebe (94%). Von
untergeordneter Bedeutung blieben unselbständige
Zweigstellen (4,3%) und Zweigniederlassungen
(2,2%).

In der Gliederung der Gewerbeanzeigen nach der
Rechtsform liegt der Einzelkaufmann mit 86% an der
Spitze. Von insgesamt 42 100 Meldungen entfielen
auf ihn rund 36 300. Zweithäufigste Rechtsform ist mit
einem Anteil von 7,9% die Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung. Es folgen die GmbH u. Co. KG
(1,2%) sowie die Kommanditgesellschaft mit 0,6%.

Gewerbeanmeldungen¹⁾ in den Verwaltungsbezirken 1984



1) Nur Neueinrichtungen

61/85

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Gewerbeanzeigen nach dem Grund der Meldung in den Verwaltungsbezirken 1984

Verwaltungsbezirk	Anmeldungen			Abmeldungen				Ummeldungen			
	insgesamt	Neuer- errich- tungen	Über- nahme eines bereits besteh- enden Be- triebes	ins- gesamt	voll- stän- dige Auf- gabe	teil- weise Auf- gabe	Auf- gabe eines weiter- hin besteh- enden Be- triebes	ins- gesamt	Ände- rung der Be- triebs- tätig- keit	Er- weite- rung der Be- triebs- tätig- keit	Ver- legung des Be- triebes
Kreisfreie Stadt Koblenz	935	714	221	572	387	32	153	196	28	90	78
Landkreise											
Ahrweiler	669	476	193	463	327	12	124	154	68	49	37
Altenkirchen (Ww.)	729	511	218	493	325	18	150	88	12	51	25
Bad Kreuznach	883	664	219	544	373	11	160	260	96	86	78
Birkenfeld	565	390	175	449	276	12	161	85	4	55	26
Cochem-Zell	376	229	147	285	167	11	107	49	11	26	12
Mayen-Koblenz	1 167	858	309	764	491	31	242	194	71	82	41
Neuwied	1 203	903	300	843	613	23	207	250	95	92	63
Rhein-Hunsrück-Kreis	542	377	165	339	229	8	102	54	9	25	20
Rhein-Lahn-Kreis	742	539	203	548	402	21	125	127	34	52	41
Westerwaldkreis	1 155	854	301	764	514	25	225	121	20	71	30
RB Koblenz	8 966	6 515	2 451	6 064	4 104	204	1 756	1 578	448	679	451
Kreisfreie Stadt Trier	502	370	132	344	227	6	111	299	118	107	74
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	556	374	182	380	213	23	144	70	19	35	16
Bitburg-Prüm	470	326	144	315	186	13	116	92	17	49	26
Daun	301	221	80	224	142	9	73	54	19	21	14
Trier-Saarburg	599	429	170	423	259	16	148	94	28	44	22
RB Trier	2 428	1 720	708	1 686	1 027	67	592	609	201	256	152
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	313	237	76	216	134	19	63	50	2	26	22
Kaiserslautern	681	526	155	421	291	18	112	55	2	53	-
Landau i.d.Pfalz	258	179	79	197	116	8	73	135	40	51	44
Ludwigshafen a.Rhein	988	678	310	705	384	52	269	237	61	107	69
Mainz	1 019	791	228	518	340	18	160	90	16	42	32
Neustadt a.d.Weinstr.	436	297	139	306	181	21	104	75	2	43	30
Pirmasens	372	257	115	319	178	18	123	68	7	34	27
Speyer	376	282	94	241	147	9	85	90	27	35	28
Worms	546	381	165	395	233	18	144	154	18	90	46
Zweibrücken	179	138	41	144	102	2	40	80	17	28	35
Landkreise											
Alzey-Worms	537	437	100	350	255	13	82	70	10	48	12
Bad Dürkheim	770	599	171	431	299	14	118	112	23	58	31
Donnersbergkreis	435	314	121	302	191	9	102	47	12	20	15
Germersheim	620	468	152	390	280	14	96	79	21	46	12
Kaiserslautern	578	424	154	380	242	12	126	90	21	50	19
Kusel	427	301	126	351	247	13	91	54	16	29	9
Südliche Weinstraße	544	389	155	342	238	9	95	57	20	22	15
Ludwigshafen	799	627	172	550	396	23	131	95	23	54	18
Mainz-Bingen	974	760	214	600	430	15	155	117	29	55	33
Pirmasens	534	371	163	401	271	12	118	75	19	41	15
RB Rheinhessen-Pfalz	11 386	8 456	2 930	7 559	4 955	317	2 287	1 830	386	932	512
Kammerbezirke											
Rheinhessen	3 076	2 369	707	1 863	1 258	64	541	431	73	235	123
Pfalz	8 310	6 087	2 223	5 696	3 697	253	1 746	1 399	313	697	389
Rheinland-Pfalz	22 780	16 691	6 089	15 309	10 086	588	4 635	4 017	1 035	1 867	1 115
Kreisfreie Städte	6 605	4 850	1 755	4 378	2 720	221	1 437	1 529	338	706	485
Landkreise	16 175	11 841	4 334	10 931	7 366	367	3 198	2 488	697	1 161	630

Bei den Ausländern führen die Italiener

Jede 20. Gewerbeanmeldung wurde von einem Ausländer getätigt. Den 1 236 Anmeldungen, davon 678 Neuerrichtungen, standen 729 Abmeldungen und 190 Ummeldungen gegenüber. Die meisten Anzeigen entfielen auf Italiener (674), Griechen (292) und Türken (227). Diese Nationalitäten hatten Ende September 1984 an der Ausländerbevölkerung Anteile von 16 sowie 4,1 bzw. 31%, an den Gewerbeanmeldungen 31 sowie 14 bzw. 11%. Schwerpunkte der von Ausländern betriebenen Gewerbe bildeten der Handel, insbesondere der Einzelhandel sowie das Dienstleistungsgewerbe und hier vor allem das Gastgewerbe.

Jede dritte Neugründung im Dienstleistungsbereich

Detaillierte Angaben nach Wirtschaftszweigen lassen sich über die Gewerbeanmeldungen gewinnen. Von den 16 691 Neuerrichtungen betrafen 44% oder 7 290 Anzeigen den Handel, hier wiederum 73% den Einzelhandel. Die Handelsvermittlung und der Großhandel erreichten Anteile von 14 bzw. 13%. In den weitaus meisten Fällen handelte es sich um selbstständige Gewerbebetriebe, bei denen die Rechtsform des Einzelunternehmens überwog. In der Summierung nach Wirtschaftszweigen ist die Zahl der Neuerrichtungen im Handel nicht identisch mit den Angaben nach der Art des Betriebes, da eine Kombination der Betriebsarten Handel und Handwerk zulässig ist. Diese Kombination wird unter Handel ausgewiesen. Auch kann es in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen einem Wirtschaftszweig außerhalb des Handels zugeordnet werden, wenn dort der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt.

An zweiter Stelle liegt das Dienstleistungsgewerbe mit 5 502 Neugründungen, das ist ein Drittel der Betriebseröffnungen. Davon entfallen 2 174 Gründungen oder 40% auf Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt. Hierzu zählen die Vermietung beweglicher Sachen, das Grundstücks- und Wohnungswesen, Beteiligungsgesellschaften und sonstige Dienstleistungen. Diese Position könnte leicht überhöht sein, da die Eintragung auf den Anmeldeformularen nicht immer exakt die angestrebte Tätigkeit erkennen läßt. Jede fünfte als Dienstleistung angemeldete Neugründung betrifft die Rechts- und Steuerberatung, Werbung, Planung oder Dienstleistungen für Unternehmen. Nahezu in allen Fällen handelt es sich um die Neuerrichtung eines selbstständigen Betriebs, des-

sen Rechtsform überwiegend ein Einzelunternehmen ist.

Die Anteile der restlichen Wirtschaftsabteilungen an den Neugründungen verteilen sich wie folgt: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 0,5%, verarbeitendes Gewerbe 6,1%, Baugewerbe 5,6%, Verkehr und Nachrichtenübermittlung 3,5% sowie Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe 7,5%.

Die meisten Gewerbeanmeldungen im Landkreis Neuwied

Die neuerrichteten Gewerbebetriebe verteilen sich auf die Regierungsbezirke entsprechend dem Anteil der Bevölkerung. Im Bezirk Koblenz wurden 6 515 Neuanmeldungen (30%) vorgenommen, im Bezirk Trier 1 720 (10%) und in Rheinhessen-Pfalz 8 456 (51%). Unter allen Verwaltungsbezirken gab es im Landkreis Neuwied mit 1 203 Fällen die meisten Anmeldungen, darunter 903 Neuerrichtungen. Interessanterweise liegt dieser Kreis mit 843 Abmeldungen, davon 613 vollständigen Betriebsaufgaben, ebenfalls an der Spitze. Im Landkreis Mayen-Koblenz (1 167) und im Westerwaldkreis (1 155) lagen die Anmeldungen kaum niedriger. Sonst konnte nur noch die Stadt Mainz (1 019) ein vierstelliges Ergebnis aufweisen. Die Relation kreisfreie Städte zu Landkreisen lautete sowohl bei den Anmeldungen als auch den Abmeldungen 29 zu 71, bei den Ummeldungen 38 zu 62.

Durchschnittlich 4,6 Neugründungen je 1 000 Einwohner

In den einzelnen Verwaltungsbezirken gab es teilweise erhebliche Abweichungen vom Landesdurchschnitt (4,6) der je 1 000 Einwohner ermittelten Neugründungen. Die Regierungsbezirke Koblenz (4,8) und Rheinhessen-Pfalz (4,7) verzeichnen nahezu das gleiche Ergebnis, von dem der Bezirk Trier mit 3,7 Neugründungen je 1 000 Einwohner deutlich abweicht. Sowohl die Stadt Trier (3,9) als auch die vier Kreise dieses Regierungsbezirks und die Landkreise Cochem-Zell sowie Pirmasens (je 3,8) erreichen einen Wert zwischen 3,4 und 3,9 Gründungen je 1 000 Einwohner. In 15 Kreisen errechnet sich ein Wert von 4 bis 4,6. Hierzu zählen sieben Kreise des Bezirks Koblenz. Die meisten Neuanmeldungen je 1 000 Einwohner wurden für Koblenz und Speyer (je 6,4), Neustadt (6,1), den Kreis Neuwied (5,8) sowie die Stadt Pirmasens (5,5) ermittelt.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Personenbeförderung mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln 1974 bis 1984

Berichtskreis wurde stark reduziert

Nach dem Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr in der Fassung vom 24. Juni 1980 (BGBl. I S. 865) erstreckte sich bis Ende September 1984 die laufende Befragung der Verkehrsleistungen in Abhängigkeit von betrieblichen Größenkriterien auf drei Berichts-

kreise mit monatlicher, vierteljährlicher oder jährlicher Periodizität.

Seit Oktober 1984 sind nur noch vierteljährlich die Unternehmen auskunftspflichtig, die Personen mit Straßenbahnen und Obussen befördern oder über mindestens sechs Kraftomnibusse verfügen. Die allgemeinen jährlichen Unternehmenserhebungen,

Leistungsangebot für die Personenbeförderung
mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln 1)
in den Verwaltungsbezirken zum 1. Oktober 1984

Verwaltungsbezirk	Unter- neh- men ins- ge- samt	Ver- füg- bare Fahr- zeu- ge	Platzkapazität	
			ins- ge- samt	Sitz- plätze
Kreisfreie Stadt Koblenz	4	103	10 585	4 025
Landkreise				
Ahrweiler	6	115	9 016	5 393
Altenkirchen (Ww.)	9	125	10 417	5 759
Bad Kreuznach	5	83	6 342	3 990
Birkenfeld	3	37	3 623	1 766
Cochem-Zell	4	32	2 132	1 493
Mayen-Koblenz	7	77	5 380	3 415
Neuwied	9	146	11 354	6 347
Rhein-Hunsrück-Kreis	6	58	3 934	2 552
Rhein-Lahn-Kreis	6	67	4 503	3 064
Westerwaldkreis	12	137	8 392	5 797
RB Koblenz	71	980	75 678	43 601
Kreisfreie Stadt Trier	6	228	22 787	11 161
Landkreise				
Bernkastel-Wittlich	6	55	2 886	2 019
Bitburg-Prüm	2	12	621	420
Daun	5	36	2 314	1 679
Trier-Saarburg	7	85	5 898	3 913
RB Trier	26	416	34 506	19 192
Kreisfreie Städte				
Frankenthal (Pfalz)	1	7	409	409
Kaiserslautern	3	118	9 935	5 318
Landau i.d.Pfalz	1	24	375	375
Ludwigshafen a.Rhein	4	256	24 938	11 638
Mainz	5	203	22 564	10 582
Neustadt a.d.Weinstr.	1	12	600	600
Pirmasens	2	42	4 025	1 779
Speyer	1	14	1 111	664
Worms	2	43	4 115	1 755
Zweibrücken	3	41	3 918	1 765
Landkreise				
Alzey-Worms	3	26	1 566	1 271
Bad Dürkheim	4	46	1 855	1 508
Donnersbergkreis	3	24	1 387	820
Germersheim	4	31	1 387	911
Kaiserslautern	1	85	7 174	4 124
Kusel	2	35	3 283	1 754
Südliche Weinstraße	3	27	1 029	502
Ludwigshafen	1	6	191	191
Mainz-Bingen	4	37	2 766	1 354
Pirmasens	3	26	1 928	1 447
RB Rheinhessen-Pfalz	51	1 103	94 556	48 767
Rheinland-Pfalz	148	2 499	204 740	111 560
Kreisfreie Städte	33	1 091	105 362	50 071
Landkreise	115	1 408	99 378	61 489

1) Ohne Geschäftsbereich Bahnbus.

die vornehmlich betriebliche Kapazitätsgrößen be-
treffen, beschränken sich auf Unternehmen mit schie-
nen- oder fahrdrahtgebundenen Verkehrsmitteln und
Kraftomnibussen. Rechtsgrundlage ist Artikel 11 der
Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvor-
schriften (Statistikbereinigungsverordnung) vom 14.
September 1984 (BGBl. I S. 1247).

Infolge der Neukonzeption unterliegen seit dem
vierten Quartal 1984 nur noch 148 rheinland-pfälzi-
sche Verkehrsbetriebe der kurzfristigen Auskunft-
pflicht, das sind etwa 25% der bisher befragten Un-
ternehmen. Bezogen auf die Einnahmen erbringen
die Betriebe des neuen Berichtskreises allerdings
mehr als vier Fünftel der Gesamtleistung. Für einen
längerfristigen Zeitvergleich wurde eine Rückrech-
nung der Ergebnisse der Jahre 1982 und 1983 sowie
des Zeitraums von Januar bis September 1984 vor-
genommen. Für die Jahre 1974 bis 1981 erfolgte eine
Schätzung.

Linienverkehr mit rückläufiger Beförderungsleistung

Für die 148 größeren rheinland-pfälzischen Stra-
ßenverkehrsunternehmen einschließlich des Bahn-
busdienstes errechneten sich im Jahre 1984 rund
282 Mill. Beförderungsfälle. Die eingesetzten Fahr-
zeuge legten zusammen knapp 159 Mill. Wagenkilo-
meter zurück. Es wurden mehr als 3,5 Mrd. Perso-
nenkilometer geleistet. Die Zahl der Wagenkilometer
entspricht der Gesamtstrecke, die die Verkehrsmittel
zur Fahrgastbeförderung zurücklegen. Die Leistung
in Personenkilometern wird durch Multiplikation der
Fahrgastzahl mit der mittleren Reiseweite ermittelt.

Im Jahre 1984 lag die Zahl der Fahrgäste um 6,8%,
die der Personenkilometer um 6,9% unter den Ergeb-
nissen des Vorjahres (Wagenkilometer – 1%). Von
1982 auf 1983 war die Zahl der beförderten Personen
bereits um 2,4%, die der Personenkilometer um 1%
zurückgegangen (Wagenkilometer + 0,6%).

Beeinflußt wird dies maßgeblich durch die Entwick-
lung des allgemeinen Linienverkehrs. Im Jahre 1984
ging bei dieser Verkehrsart die Zahl der Beförde-
rungsfälle um 8% zurück, beim Gelegenheitsver-
kehr stieg sie um 0,8%. Von den mit öffentlichen
Straßenverkehrsmitteln beförderten Personen entfie-
len 98,5% auf den allgemeinen Linienverkehr ein-
schließlich der Sonderformen des Linienverkehrs.
Während sich somit nur 1,5% aller Fahrgäste des
Gelegenheitsverkehrs bedienten, bestritt dieser aber
22% der Wagenkilometer und 34% der Personenkilo-
meter. Dies ist auf die sehr unterschiedlichen mitt-
leren Reiseweiten zurückzuführen, die im Jahre 1984
beim allgemeinen Linienverkehr 7,7 km, den Sonder-
formen des Linienverkehrs 11,5 km und beim Gele-
genheitsverkehr 284 km betragen.

Der fast ausschließlich mit Kraftomnibussen durch-
geführte Gelegenheitsverkehr betrifft Ausflugsfah-
ten sowie Ferienzielreisen und den Einsatz von Miet-
wagen. Dagegen umfaßt der allgemeine Linienver-
kehr alle regelmäßigen öffentlichen Verkehrsverbin-
dungen zwischen bestimmten Ausgangs- und End-
punkten. Für die Sonderformen des Linienverkehrs,
die sich vornehmlich auf die Beförderung von Be-
rufstätigen und Schülern zwischen Wohnung und

**Straßenpersonenverkehr und Schülerverkehr
1970 - 1984¹⁾**

Jahr	Beförderte Personen		Einnahmen			
	ins- gesamt	Schü- ler	Allgemeiner Linienverkehr			
			zu-		zu-	
			zusammen	Schü- ler	zusammen	Schü- ler
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
1970	298 695	30,5	267 689	27,6	125 649	16,2
1971	315 266	34,2	273 933	29,9	131 272	17,4
1972	336 898	39,0	286 710	34,3	142 342	19,8
1973	357 562	41,9	296 811	36,2	156 759	21,3
1974	369 733	42,7	303 690	36,4	169 279	23,4
1975	372 646	43,2	304 139	36,0	185 236	25,7
1976	350 798	42,4	280 708	33,8	185 346	23,6
1977	353 352	44,1	276 319	34,7	190 722	24,0
1978	350 825	45,9	272 703	36,2	200 913	26,1
1979	343 271	45,5	270 965	36,7	205 208	26,4
1980	342 940	46,2	267 826	37,2	210 290	27,2
1981	343 079	46,7	269 265	38,2	231 942	28,8
1982	309 800	46,2	252 927	38,5	244 012	30,3
1983	302 486	46,9	247 238	39,5	249 072	32,0
1984	282 035	48,6	227 349	40,8	240 253	33,0

1) Ab 1982 nur Unternehmen, die Straßenpersonenverkehr mit Straßenbahnen oder Obussen durchführen oder über mindestens sechs Kraftomnibusse verfügen.

Arbeitsstätte bzw. Schule beziehen, zeichnete sich während der letzten Jahre eine ähnlich rückläufige Entwicklung wie beim allgemeinen Linienverkehr ab. Zwischen 1982 und 1984 sank bei den Sonderformen des Linienverkehrs die Zahl der Fahrgäste um 4,7%, die der geleisteten Personenkilometer um 20% (Wagenkilometer – 11%).

Auswirkung sozioökonomischer Ursachen

Der seit geraumer Zeit zu verzeichnende Rückgang der Beförderungsleistungen im öffentlichen Personenverkehr ist sowohl auf strukturelle als auch konjunkturelle Einflußfaktoren zurückzuführen. Neben der fortschreitenden privaten Motorisierung und der anhaltenden Arbeitslosigkeit sind hier insbesondere die allgemein stark sinkenden Schülerzahlen zu berücksichtigen. Auch die zum 1. April 1984 eingeführte Selbstbeteiligung der Schwerbehinderten an den Fahrtkosten (Schwerbehindertenpauschale) dürfte sich mindernd auf das Fahrgastaufkommen ausgewirkt haben.

In Rheinland-Pfalz waren zum 1. Januar 1985 insgesamt 1 586 500 Personen- und Kombinationskraftwagen zum Verkehr zugelassen, das sind 8,3% mehr als drei Jahre zuvor. Der Bestand an Krafträdern nahm gleichzeitig sogar um 51% auf 91 550 zu. Nach den Ermittlungen der Arbeitsverwaltung hatten im Jahresdurchschnitt 1984 im Lande rund 120 200 Personen keinen Arbeitsplatz. Das waren 66% mehr Arbeitslose als 1981 und 20% mehr als 1982.

Die Zusammensetzung der Fahrgäste ist auf längere Sicht durch eine deutliche Zunahme des Schüleranteils gekennzeichnet. Zwischen 1970 und 1984 stieg die Quote der Schüler am Fahrgastaufkommen der rheinland-pfälzischen Verkehrsbetriebe von 31 auf 49%. Im allgemeinen Linienverkehr erhöhte sich dieser Anteil bei den kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen von 20 auf 28%, beim Bahnbusdienst, in den inzwischen der Busbetrieb der Bundespost integriert wurde, von 38 auf 59%.

Allein zwischen den Schuljahren 1981/82 und 1984/85 sank in Rheinland-Pfalz die Zahl der Schüler an Grund- und Hauptschulen um 16%, an Realschulen um 14% und an Gymnasien um 13%. Nach einer landesinternen Entwicklungsprognose sind bis zum Jahre 1990 insbesondere für die Realschulen und die Gymnasien weitere spürbare Rückgänge zu erwarten. Der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV) rechnet für die Jahre 1990 und 2000 bundesweit mit Fahrgastaufkommen, die das Niveau von 1980 um rund 20 bzw. 25% unterschreiten. In Rheinland-Pfalz wurden bereits im Jahre 1984 etwa 20% Personen weniger mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln befördert als 1974. Dabei darf nicht außer acht bleiben, daß in der Bundesrepublik etwa die Hälfte der Bevölkerung in 24 Ballungsräumen lebt, die zusammen nur 8% der Fläche des Bundesgebietes beanspruchen.

4 876 Busse und 103 Straßenbahnwagen

Nicht zuletzt im Hinblick auf die besondere Umweltverträglichkeit sind leistungsfähige Einrichtungen für die Massenbeförderung vor allem zur Entlastung der Verkehrsengpässe in den Verdichtungsräumen unentbehrlich. Neben einer möglichst attraktiven Ausgestaltung der städtischen Bedienungsbereiche ist die bedarfsgerechte Erschließung der ländlichen Gebiete mit Nahverkehrsmitteln gleichermaßen wichtig. In Rheinland-Pfalz wurden entscheidende Voraussetzungen zur Sicherstellung einer angemessenen Mindestbedienung durch eine gezielte Kooperation zwischen den Landkreisen in Verbindung mit einem entsprechenden Starthilfeprogramm der Landesregierung geschaffen oder vorbereitet.

Nach den Ermittlungen des Fachverbandes, dem die rund 170 bedeutendsten kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Verkehrsbetriebe im Bundesgebiet angehören, erhöhte sich zwischen 1970 und 1981 deren Fahrgastaufkommen im Durchschnitt um 7,9%. Allein die acht wichtigsten Großstädte mit einem zusammenhängenden modernen Schnellbahnnetz hatten eine Steigerung um 15% zu verzeichnen. Bei einem generellen Rückgang der Zahl der Beförderungsfälle um 2,7% im Jahre 1983 hatten diese acht Städte zusammen ein Minus von nur 0,5%. Überdies vermochten auch mehrere mittelgroße Betriebe, vornehmlich bedingt durch entsprechend attraktive Verkehrsangebote, deutlich überproportionale Ergebnisse zu erzielen. Insbesondere unter solchen Gesichtspunkten wurden bedarfsgerechte Modernisierungsprojekte des öffentlichen Personenverkehrs maßgeblich durch Zuschüsse der Regierungen des Bundes und der Länder unterstützt.

Die rheinland-pfälzischen Verkehrsbetriebe verfügten Anfang Oktober 1984 über 4 876 Kraftomnibusse einschließlich Obussen und 103 Straßenbahnwagen. Bei letzteren handelt es sich fast durchweg um großräumige Gelenkfahrzeuge, die in Ludwigshafen und Mainz eingesetzt werden. Alle Unternehmen zählen zusammen rund 7 400 Beschäftigte, von denen 75% im Fahrdienst tätig sind.

Im vierten Quartal 1984 legten die Verkehrsmittel der kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen im Lande mehr als 7,1 Mill. Wagenkilometer

Einnahmen aus der Personenbeförderung mit
öffentlichen Straßenverkehrsmitteln 1982 - 1984

Verkehrsart	1982	1983	1984
Einnahmen²⁾ (1 000 DM)			
Allgemeiner Linienverkehr	244 012	249 072	240 253
Sonderformen des Linienverkehrs	20 522	18 860	17 816
Berufsverkehr	15 214	14 214	13 169
Schülerverkehr ¹⁾	5 217	4 558	4 571
Markt- und Theaterfahrten	91	88	76
Gelegenheitsverkehr	62 556	67 636	67 980
Ausflugsfahrten	19 291	20 398	21 309
Ferienziel-Reisen	7 944	8 364	7 200
Mietwagenverkehr	35 321	38 874	39 471
I n s g e s a m t	327 090	335 568	326 049
Einnahmen je beförderte Person²⁾ (DM)			
Allgemeiner Linienverkehr	0,97	1,01	1,06
Sonderformen des Linienverkehrs	1,85	1,88	1,95
Berufsverkehr	2,19	2,14	2,17
Schülerverkehr ¹⁾	1,27	1,36	1,52
Markt- und Theaterfahrten	3,14	2,05	1,81
Gelegenheitsverkehr	15,71	15,87	15,83
Ausflugsfahrten	18,03	18,73	20,97
Ferienziel-Reisen	88,26	87,13	64,29
Mietwagenverkehr	12,51	12,63	12,47
I n s g e s a m t	1,22	1,28	1,35
Einnahmen je Wagen-Kilometer²⁾ (DM)			
Allgemeiner Linienverkehr	2,60	2,60	2,53
Sonderformen des Linienverkehrs	1,75	1,85	1,95
Berufsverkehr	1,72	1,81	1,88
Schülerverkehr ¹⁾	1,86	2,01	2,30
Markt- und Theaterfahrten	2,07	1,91	1,65
Gelegenheitsverkehr	1,94	2,05	1,97
Ausflugsfahrten	1,88	1,90	1,93
Ferienziel-Reisen	2,14	2,52	2,06
Mietwagenverkehr	1,94	2,04	1,97
I n s g e s a m t	2,37	2,41	2,35
Einnahmen je Personen-Kilometer²⁾ (Pfennig)			
Allgemeiner Linienverkehr	13	13	14
Sonderformen des Linienverkehrs	11	12	12
Berufsverkehr	11	11	12
Schülerverkehr ¹⁾	10	13	14
Markt- und Theaterfahrten	16	15	19
Gelegenheitsverkehr	5	5	6
Ausflugsfahrten	5	5	6
Ferienziel-Reisen	5	7	5
Mietwagenverkehr	5	5	6
I n s g e s a m t	10	10	10

1) Entgeltliche Beförderung zwischen Wohnung und Lehranstalt. - 2) Ohne Abgeltungszahlungen für Beförderungsleistungen im Freigestellten Schülerverkehr.

im allgemeinen Linienverkehr zurück, davon entfielen 15% auf die Straßenbahnen und Oberleitungsbusse. Die im Jahre 1984 für den nahezu vergleichbaren Berichtskreis auf Bundesebene ermittelte Leistung an Wagenkilometern wurde zu 29% von schienen- oder fahrdrahtgebundenen Fahrzeugen erbracht.

Die in Rheinland-Pfalz verbliebenen Straßenbahnlinien sind grundlegend modernisiert worden und verlaufen vorwiegend auf eigenen Bahnkörpern. Zur Anbindung eines größeren Siedlungsgebiets an das Mainzer Straßenbahnnetz ist der Neubau einer rund 2,2 km langen Zweigstrecke vorgesehen, wofür die Bundes- und Landesregierung zusammen Zuschußmittel von 8,1 Mill. DM bereitstellen. In der Stadt Ludwigshafen werden bereits mehrere Streckenabschnitte teils unterirdisch stadtbahnmäßig betrieben.

Auf längere Sicht erzielten die öffentlichen Verkehrsbetriebe deutliche Rationalisierungserfolge. Nach entsprechenden Berechnungen für die Verbandsunternehmen erhöhte sich zwischen 1960 und 1970 bundesweit die Zahl der je tätiger Person geleisteten Wagenkilometer von rund 9 800 auf 13 300 (+ 36%). Dem steht von 1970 bis 1984 eine Zunahme um nur 12% auf knapp 14 900 Wagenkilometer je Beschäftigten gegenüber. Mithin war in den 60er Jahren der Rationalisierungseffekt ausgeprägter gewesen, vor allem bedingt durch die Einführung des schaffnerlosen Betriebs und den Einsatz von Fahrzeugeinheiten mit wesentlich höherem Fassungsvermögen.

Vier Landkreise dominieren im Gelegenheitsverkehr

Von den in Rheinland-Pfalz mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln ohne Bahn- und Postbusse im Jahre 1983 beförderten Personen entfielen 69% auf die Unternehmen in den kreisfreien Städten und 31% auf die in den Landkreisen. Für den allgemeinen Linienverkehr, der annähernd vier Fünftel des gesamten Fahrgastaufkommens bestritt, errechnen sich entsprechende Anteile von 81 bzw. 19%. Die im Gelegenheitsverkehr gezählten Beförderungsfälle verteilen sich indessen zu 74% auf Betriebe in ländlichen Verwaltungsbezirken.

Läßt man die Busdienste von Bundesbahn und Bundespost außer Betracht, wurden über drei Fünftel der im allgemeinen Linienverkehr gefahrenen Wagenkilometer von den Verkehrsunternehmen in den fünf Großstädten Mainz (19%), Ludwigshafen (14%), Trier (13%), Koblenz (8,3%) und Kaiserslautern (6,5%) erbracht. Bei der im Gelegenheitsverkehr ermittelten Zahl an Wagenkilometern führte der Westerwaldkreis mit 7,1%, gefolgt von den Landkreisen Mayen-Koblenz (6%), Neuwied (5,9%) und Trier-Saarburg (4,7%).

Einnahmen von annähernd 16 DM je Fahrgast beim Gelegenheitsverkehr

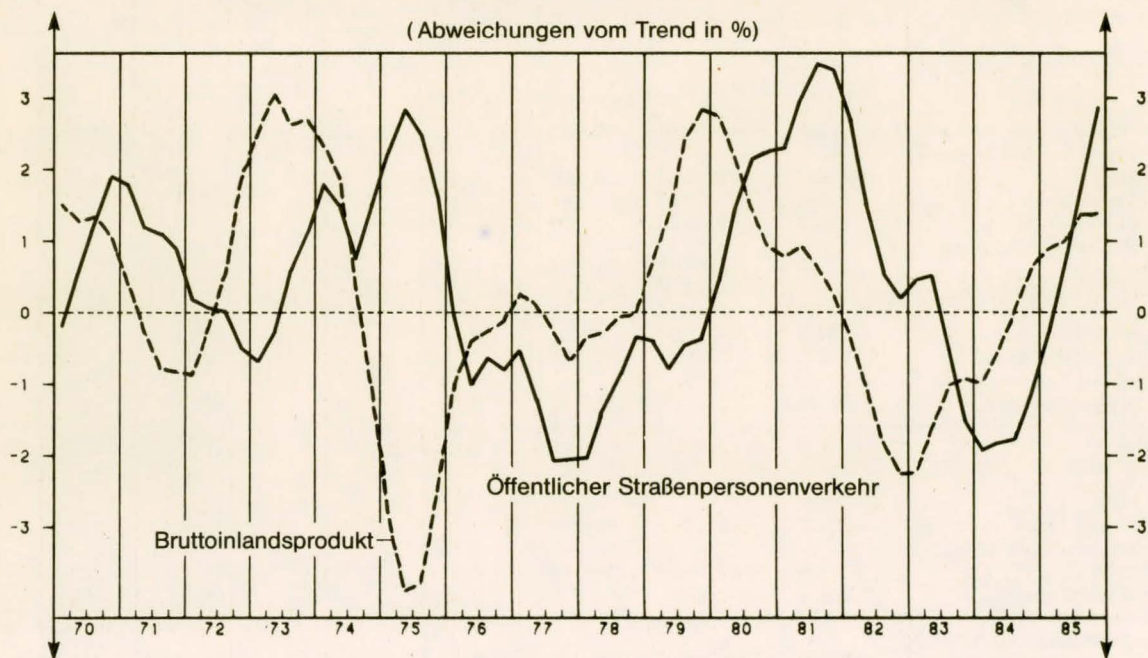
Bei den rheinland-pfälzischen Verkehrsunternehmen beliefen sich im Jahre 1984 die Einnahmen aus der Personenbeförderung auf 326 Mill. DM, wobei die Abgeltungszahlungen der Gebietskörperschaften für den freigestellten Schülerverkehr nicht berücksichtigt sind. Über 70% der Erträge entfielen auf den allgemeinen Linienverkehr. Bei dieser Verkehrsart nahmen zwischen 1982 und 1984 die je Beförde-

Personenbeförderung im Straßenverkehr¹⁾ nach Unternehmens- und Verkehrsformen 1982 - 1984

Verkehrsform	1982	1983	1984					
			ins- gesamt	Ver- änderung in %	Kommunale u. gemischt- wirt- schaftliche Unter- nehmen	Nicht- bundes- eigene Eisen- bahnen	Private Unter- nehmen	Deutsche Bundes- bahn
Beförderte Personen (1 000)								
Allgemeiner Linienverkehr	252 927	247 238	227 349	- 8,0	122 292	6 374	12 595	86 088
Sonderformen des Linien- verkehrs	52 890	50 986	50 392	- 1,2	1 322	1 201	21 481	26 388
Berufsverkehr	6 961	6 651	6 081	- 8,6	93	203	3 001	2 784
Schülerverkehr 2)	4 110	3 357	3 003	- 10,5	315	83	1 220	1 385
Freigestellter Schüler- verkehr	41 790	40 935	41 266	0,8	914	915	17 218	22 219
Markt- und Theater- fahrten	29	43	42	- 2,3	-	-	42	-
Gelegenheitsverkehr	3 983	4 262	4 294	0,8	365	94	3 451	384
Ausflugsfahrten	1 070	1 089	1 016	- 6,7	1	8	1 003	4
Ferienziel-Reisen	90	96	112	16,7	-	-	112	-
Mietwagenverkehr	2 823	3 077	3 166	2,9	364	86	2 336	380
I n s g e s a m t	309 800	302 486	282 035	- 6,8	123 979	7 669	37 527	112 860
Wagen-Kilometer (1 000)								
Allgemeiner Linienverkehr	93 997	95 976	94 805	- 1,2	27 944	3 251	7 330	56 280
Sonderformen des Linien- verkehrs	32 908	31 093	29 174	- 6,2	316	597	17 922	10 339
Berufsverkehr	8 857	7 862	7 086	- 9,9	13	168	4 563	2 342
Schülerverkehr 2)	2 802	2 268	1 990	- 12,3	65	37	1 362	526
Freigestellter Schüler- verkehr	21 205	20 917	20 052	- 4,1	238	392	11 951	7 471
Markt- und Theater- fahrten	44	46	46	-	-	-	46	-
Gelegenheitsverkehr	32 187	33 056	34 547	4,5	192	260	33 307	788
Ausflugsfahrten	10 247	10 724	11 019	2,8	3	72	10 802	142
Ferienziel-Reisen	3 714	3 317	3 496	5,4	-	-	3 496	-
Mietwagenverkehr	18 226	19 015	20 032	5,3	189	188	19 009	646
I n s g e s a m t	159 092	160 125	158 526	- 1,0	28 452	4 108	58 559	67 407
Personen-Kilometer (1 000)								
Allgemeiner Linienverkehr	1 949 174	1 910 819	1 747 546	- 8,5	603 964	72 062	112 484	959 036
Sonderformen des Linien- verkehrs	716 851	644 886	577 137	- 10,5	12 045	9 928	274 537	280 627
Berufsverkehr	137 756	124 494	109 699	- 11,9	596	3 013	68 541	37 549
Schülerverkehr 2)	49 767	36 455	32 862	- 9,9	3 140	776	11 178	17 768
Freigestellter Schüler- verkehr	528 762	483 348	434 183	- 10,3	8 309	6 139	194 425	225 310
Markt- und Theater- fahrten	566	589	393	- 33,3	-	-	393	-
Gelegenheitsverkehr	1 179 346	1 251 081	1 219 585	- 2,5	8 471	11 448	1 163 834	35 832
Ausflugsfahrten	379 071	401 739	384 379	- 4,3	92	2 109	377 162	5 016
Ferienziel-Reisen	146 810	126 667	132 690	4,8	-	-	132 690	-
Mietwagenverkehr	653 465	722 675	702 516	- 2,8	8 379	9 339	653 982	30 816
I n s g e s a m t	3 845 371	3 806 786	3 544 268	- 6,9	624 480	93 438	1 550 855	1 275 495
Einnahmen 3) (1 000 DM)								
Allgemeiner Linienverkehr	244 012	249 072	240 253	- 3,5	97 915	7 041	14 067	121 230
Sonderformen des Linien- verkehrs	20 522	18 860	17 816	- 5,5	521	419	10 571	6 305
Berufsverkehr	15 214	14 214	13 169	- 7,4	132	320	8 076	4 641
Schülerverkehr 2)	5 217	4 558	4 571	0,3	389	99	2 419	1 664
Markt- und Theater- fahrten	91	88	76	- 13,6	-	-	76	-
Gelegenheitsverkehr	62 556	67 636	67 980	0,5	589	563	64 682	2 146
Ausflugsfahrten	19 291	20 398	21 309	4,5	8	129	20 693	479
Ferienziel-Reisen	7 944	8 364	7 200	- 13,9	-	-	7 200	-
Mietwagenverkehr	35 321	38 874	39 471	1,5	581	434	36 789	1 667
I n s g e s a m t	327 090	335 568	326 049	- 2,8	99 025	8 023	89 320	129 681

- 1) Nur Leistungen von Unternehmen, die Straßenpersonenverkehr mit Straßenbahnen und Obussen betreiben oder über mindestens sechs Kraftomnibusse verfügen. - 2) Entgeltliche Beförderung zwischen Wohnung und Lehranstalt. - 3) Ohne Freigestellter Schülerverkehr.

Die konjunkturelle Abhängigkeit der Personenbeförderung mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln 1970 - 1985



Quelle: Prognosebericht des Bundesverkehrsministeriums zur Verkehrsentwicklung vom 27. Februar 1985 (Konjunkturanalyse A/2/85)

rungsfall erzielten Einnahmen von 0,97 auf 1,06 DM zu, was einer Steigerung um 9,3% entspricht. Gemessen an der Entwicklung des Preisindex für eine Einzelfahrt mit Straßenbahn oder Omnibus, erhöhte sich gleichzeitig das Fahrpreisniveau um 10%. Der je Wagenkilometer errechnete Betrag an Einnahmen ging von 2,60 auf 2,53 DM zurück.

Im allgemeinen Linienverkehr der kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen stiegen zwischen 1982 und 1984 die Einnahmen pro Fahrgast von 73 auf 80 Pfennig, die pro Wagenkilometer von 3,31 auf 3,50 DM. Dies korrespondiert etwa mit der Fahrpreisentwicklung. Nach Angaben der Fachorganisation decken die größeren städtischen Verkehrsbetriebe, welche den überwiegenden Teil der Leistungen im Linienverkehr erbringen, zur Zeit im Bundesdurchschnitt ihre Kosten nur zu rund 65% aus Einnahmen. Die Defizite beim Verkehr werden vornehmlich aus Überschüssen der mit Gewinn abschließenden Zweige der städtischen Eigenbetriebe getragen, wobei sich jedoch zunehmend engere Plafondierungsmargen abzeichnen.

Während zwischen 1982 und 1984 die Zahl der im allgemeinen Linienverkehr beförderten Personen um rund 10% sank, verzeichnete der Gelegenheitsverkehr eine Zunahme um 7,8%. Relativ stark wuchs die Zahl der Teilnehmer an Ferienzielreisen (+ 24%)

und an Mietwagenfahrten (+ 12%). Im Jahre 1984 betrugen die Einnahmen aus dem Gelegenheitsverkehr nahezu 68 Mill. DM, das sind 8,7% mehr als 1982. Nach den Unterlagen des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmen stieg in wenigen Jahren der Anteil der Busfahrten an allen Reisen von etwa 5 auf 10%.

Im Gelegenheitsverkehr erzielten die rheinland-pfälzischen Unternehmen im Jahre 1984 Einnahmen von 15,83 DM je beförderter Person (1982: 15,71 DM). Bei Ausflugsfahrten erhöhte sich zwischen 1982 und 1984 der pro Fahrgast ermittelte Wert von 18,03 auf 20,97 DM, bei Ferienzielreisen ging dieser von 88,26 auf 64,29 DM zurück. Bezieht man die Einnahmen auf die Zahlen der erbrachten Wagen- und Personenkilometer, sind in mittelfristiger Sicht nur relativ geringe zeitliche Unterschiede erkennbar. Von den im Jahre 1984 im Gelegenheitsverkehr zurückgelegten Personenkilometern entfielen 58% auf Mietwagenfahrten, 31% auf den Ausflugsverkehr und 11% auf Ferienzielreisen. Beim Mietwagenverkehr entsprachen die je Wagenkilometer errechneten Einnahmen (1,97 DM) weitgehend dem Ergebnis von 1982. Die mittleren Reiseweiten beliefen sich im Jahre 1984 beim Mietwagenverkehr auf 222 km, bei Ausflugsfahrten auf 378 km und bei Ferienzielreisen auf 1 185 km.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer